

und schon läuft der Laden. Dies ist aber mitnichten so.

Wer auf die Praktiker in den Schulen und Betrieben hört, weiß schon länger, dass an vielen Stellschrauben nachjustiert werden muss und noch große Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Erfolgsmodell der beruflichen Bildung und vor allem ihre Chancen und Potenziale langfristig zu sichern.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Die Jahre der Untätigkeit haben dazu geführt, dass die Herausforderungen nicht weniger und die Problemstellungen nicht einfacher geworden sind. Gut, dass diese Jahre vorbei sind und die NRW-Koalition sich dieses Thema gemeinsam mit unserer Landesregierung auf die Fahnen geschrieben hat und unter Hochdruck an umfassenden Verbesserungen und Weiterentwicklungen arbeitet.

Aktuell laufen die letzten Gespräche im Rahmen der „Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung“. Nach der gemeinsamen Auswertung der Ergebnisse werden wir im kommenden Jahr die notwendigen Maßnahmen in einzelnen Handlungsfeldern umsetzen und die berufliche Bildung auf einen zukunftsfähigen Weg bringen.

Dazu gehört auch, dass wir die Berufsberatung an den Schulen stärken und die Übergangsbetreuung im Programm KAOA sicherstellen. Deshalb stellen wir mit dem Haushalt 2020 nahezu 750 Ausgleichstellen für die Berufswegeplanung und zur Übergangsbetreuung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf bereit.

In diesem Bereich kümmern wir uns außerdem um Inklusion an den Berufskollegs und lassen die Kolleginnen und Kollegen mit den Herausforderungen der Inklusion am Berufskolleg nicht allein. Insgesamt stellen wir 427 Mehrbedarfsstellen zur Unterstützung des Inklusionsprozesses und für multiprofessionelle Teams zur Verfügung und stärken auch so das ganz wichtige Feld der beruflichen Bildung.

Auch beim Thema „Talentschulen“, das hier so häufig angesprochen wird, zeigt sich, dass die NRW-Koalition die Bedürfnisse der beruflichen Bildung ernst nimmt und die Leistungen, die tagtäglich in diesem Bereich an unseren Berufskollegs erbracht werden, zu schätzen weiß.

Für die 15 Berufskollegs stehen jeweils mindestens vier Stellen für die Talentschulprofile in den Bildungsgängen der Anlagen A und B zur Verfügung. Die NRW-Koalition hat aber nicht nur die Ausbildung zu Beginn der beruflichen Laufbahn im Blick, auch das Thema „Weiterbildung und lebenslanges Lernen“ finden im Haushalt 2020 ihren Ansatz.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für diesen Bereich werden die Ansätze von 52,1 Millionen Euro um weitere 6 Millionen Euro erhöht, was ein wichtiges und gutes Signal für den Bereich der Weiterbildung ist.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Der Haushalt 2020 ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne der beruflichen Bildung freue ich mich, freuen wir als NRW-Koalition uns darauf, die Beratungen im kommenden Jahr weiterzuführen sowie darauf, den Weg dann hoffentlich gemeinsam gehen zu können. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Hannen. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung.

Vereinbarungsgemäß führen wir jetzt keine Abstimmung durch. Diese wird nach 14 Uhr nachgeholt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8002

(Monika Düker [GRÜNE]: Der ist aber nicht da!)

– Er ist nicht da? Dennoch folgt, wie vorgesehen, der Einzelplan 02 – Ministerpräsident.

Wir beraten diesen Einzelplan in vier Unterpunkten von a bis d. Zunächst:

a) Staatskanzlei

(Der Ministerpräsident betritt den Saal.)

– Herr Ministerpräsident, das Haus hat magische Kräfte. Man rief, Sie seien nicht da, und schon sind Sie hier.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Weil Frau Düker ihn gerufen hat!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Müller-Witt von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Es ist Aufgabe des Hauptausschusses, sich kritisch unter anderem mit dem Haushalt des Ministerpräsidenten zu befassen.

Neben dem Haushalt der Staatskanzlei im engeren Sinne gehören dazu auch der Bereich der Antisemitismusbeauftragten wie auch die im Einzelplan 02

budgetierten besonderen Bewilligungen für die Mittel für das bürgerschaftliche Engagement sowie die Mittel für die Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen. Ich möchte deshalb versuchen, nach Aufgabenschwerpunkten zu differenzieren.

Es ist auffällig, dass der Ministerpräsident und damit die Staatskanzlei anscheinend ein von Jahr zu Jahr proportional wachsendes Kommunikationsbedürfnis hat, und zwar je näher die nächste Landtagswahl rückt – oder vielleicht die Bundestagswahl? Dies drückt sich in den exponentiell wachsenden Ausgaben für Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit einerseits und dem diesbezüglichen personellen Aufwuchs andererseits aus – offensichtlich ganz nach dem Motto „be prepared“.

Ministerpräsident Laschet hat in seiner ersten Regierungserklärung „Maß und Mitte“ zum Motto seiner Amtszeit erhoben. Nehmen wir ihn beim Wort und bewerten den vorgelegten Haushaltsplanentwurf anhand seiner eigenen Messlatte: Zusätzlich 17 Stellen und ein Aufgabenaufwuchs im Einzelplan 02 in Höhe von 60,7 Millionen Euro sprechen für sich.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass der Wunsch des Ministerpräsidenten nach repräsentativen Räumlichkeiten immer noch nicht zufriedengestellt wurde. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, dass einerseits die Staatskanzlei mit einer beträchtlichen Summe hergerichtet werden soll und andererseits im Behrensbau, der für das neue Museum der Landesgeschichte genutzt werden soll, ebenfalls zusätzliche repräsentative Räumlichkeiten für den Ministerpräsidenten geplant sind. Diese weiteren Begehlichkeiten tauchen allerdings nicht im Einzelplan 02 auf, da dort der BLB NRW nicht abgebildet wird. Aber: Ist das Maß und Mitte?

Zumindest eine Beschränkung im Bereich der ausufernden Ausgaben für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit könnte und sollte dazu führen, dass die Mittel an anderer Stelle für sinnvolle zusätzliche Aufgaben verwendet werden.

Seit dem vergangenen Jahr verfügt das Land Nordrhein-Westfalen über eine Antisemitismusbeauftragte, eine Funktion, die ehrenamtlich durch Frau Leutheusser-Schnarrenberger ausgeübt wird. Gleichwohl sind ein zahlenmäßig ausreichendes Team zur Bewältigung der stetig wachsenden Aufgaben wie auch genügend Sachmittel zwingend nötig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Hier ist ein Vergleich mit anderen Beauftragten dieses Landes angebracht. So werden für den vom Kultusministerium bezahlten Vertriebenenbeauftragten und sein Team deutlich mehr Mittel bereitgestellt. Nicht zuletzt der antisemitistische Anschlag von Halle müsste auch den Letzten wachgerüttelt haben,

um einzusehen, dass die Stelle der Antisemitismusbeauftragten leider eine bedeutende Stärkung erfahren muss.

Die SPD-Fraktion hat deshalb entsprechende Anträge vorgelegt. Wenn die Regierungsfaktionen nun inzwischen auch zu der Erkenntnis gelangt sein sollten, dass hier eine Ertüchtigung notwendig ist, dann begrüßen wir das außerordentlich.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bedauerlicherweise zeichnet sich der vorgelegte Haushaltsentwurf wiederholt durch Intransparenz aus. Unter dem Titel „Ruhr-Konferenz“ wird eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungen subsumiert. In der Ergänzungsvorlage zum Haushalt werden 60,8 Millionen Euro für Projekte der Ruhr-Konferenz angemeldet. Erst auf Berichts-anfrage der SPD-Fraktion bekam auch die Opposition offiziell Gelegenheit, zu erfahren, für welche Projekte welche Summen in 2020 vorgesehen sind. Die Projektliste ist auch abschließend betrachtet kleinteilig und, wie mein geschätzter Fraktionsvorsitzender treffend festgestellt hat, lediglich ein Resultat ministerieller Ausflüge ins Ruhrgebiet. Schade!

(Beifall von der SPD)

Den Einzelplan 02, den Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses betreffend, lehnen wir wegen des einseitigen Aufwuchses, der intransparenten Ausgaben sowie der unzureichenden Finanzierung der Antisemitismusbeauftragten ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Witt. – Jetzt spricht Herr Hagemeier für die CDU-Fraktion.

Daniel Hagemeier (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Armin Laschet hat die Selbstverzweigung des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgreich beendet. Endlich werden Themen angepackt, die Rot-Grün jahrelang liegengelassen hat, und endlich spielen wir als bevölkerungsreiches Bundesland wieder eine angemessene Rolle.

Ich betone das direkt am Anfang meiner Ausführungen, weil es in der Natur der Sache liegt, dass ein Ministerpräsident nicht alleine diese Herkulesaufgabe stemmt. Hinter einem guten Regierungschef steht eine Staatskanzlei, die personell und materiell gut aufgestellt sein muss.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wer es nötig hat!)

Insofern möchte ich der Opposition direkt den Wind aus den Segeln nehmen: An dem Stellenzuwachs in

der Staatskanzlei, den Sie, Frau Müller-Witt, bemängelt haben, gibt es nichts, aber auch gar nichts zu kritisieren.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

– Sie schreien rein, ich kann meine Stimme etwas anheben, also alles ist denkbar. Aber für die Zuschauer ist es besser, dem Redner folgen zu können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Für den Zuschauer ist es besser, wenn man widerspricht, wenn es unwahr ist! – Weitere Zurufe von der SPD)

Erlauben Sie mir die Anmerkung: Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 02 verändert sich mit den entsprechenden Schwerpunktsetzungen eines Ministerpräsidenten. Einmal davon abgesehen, dass durch Neuzuschneide der Ressorts nun die Bereiche Sport und Ehrenamt in der Staatskanzlei verortet sind, haben wir als NRW-Koalition dort zum Beispiel auch die Ruhr-Konferenz, auf die ich später noch näher eingehen werde, sowie das Büro der Antisemitismusbeauftragten angesiedelt. Dass auch unser Land eine solche Funktion braucht, haben wir mit einer sehr breiten Mehrheit hier im Plenum gemeinsam beschlossen. Wenn man sich die Presseberichte der vergangenen Wochen aufmerksam durchliest, dann stellt man fest, dass ihre Bedeutung leider immer wichtiger wird.

Neu angemeldet worden sind insgesamt 77 Planstellen und Stellen. Das klingt zunächst einmal viel, aber wenn man diese Zahl aufschlüsselt, ist leicht zu erkennen: Längst nicht alle neuen Stellen führen zu einem Personalaufwuchs. Beispielsweise sind in zehn Fällen die Verträge von Teamassistenten, Vorzimmerkräften, Fahrern und einem Disponenten für den Fahrdienst mit sachgrundloser Befristung entfristet worden. Darüber gibt es sicherlich nichts zu diskutieren. Und nicht zuletzt muss man anerkennen, dass die Regierungsumbildung 2017 zu einigen Personalwechseln in engen Bereichen der Führungsebene geführt hat.

Die übrigen Planstellen werden gebraucht, weil es zum Teil massive Aufgabenzuwächse in den verschiedenen Bereichen gab und gibt. Hier sind zu nennen: das NRW-Büro in Israel, die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern und schließlich eine vertiefte Bürger- und Medienarbeit. In Zeiten, in denen unsere Demokratie infrage gestellt und angegriffen wird, ist es wichtiger denn je, Politik zu erklären und den Kontakt zum Bürger zu suchen, nicht nur physisch, sondern auch über die digitale Kommunikation.

Es bleibt darüber hinaus festzustellen, dass es auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung wichtig ist, durch Öffentlichkeitsarbeit die Interessen des gesamten Landes wirksam zu vertreten, seine Vorteile zu stärken und Qualitäten zu vermitteln und so das Landesbewusstsein zu festigen.

Somit, Frau Müller-Witt, ist es falsch, an dieser Stelle von einem wachsenden Kommunikationsbedürfnis zu sprechen, sondern Aufgabenzuwachs und eine stärkere Präsenz NRWs stehen hier im Vordergrund. So, meine Damen und Herren, kommt NRW voran. NRW wird wieder mehr wahrgenommen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Nun zur Ruhr-Konferenz: Sie setzt an die Stärken der Metropolregion Ruhr an. Sie bringt Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur, Stiftungen und Kirchen, Verbände und Vereine und vor allem die 53 Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet zusammen. Nach der Phase des Zuhörens hat die Landesregierung zum Übergang in die Entscheidungsphase am 26. September 2019 im Hauptausschuss berichtet:

Mit Kabinettsbeschluss vom 5. November 2019 wurde die dritte Phase der Ruhr-Konferenz zur Umsetzung der Projekte eingeleitet. Unter dem Leitmotiv „Chancenregion Ruhr“ soll das Programmpaket mit 74 Projekten dem Ruhrgebiet wichtige Impulse in fünf zentralen Handlungsfeldern geben: Mobilität, Wirtschaft, gelebte Vielfalt, Energie und Bildung.

(Nadja Lüders [SPD]: Weiß das Ruhrgebiet das?)

Im Einzelplan 02 haben wir nun die Aufgabe, auch die Grundlagen dafür zu schaffen, damit die Projekte angestoßen werden können, und diese entsprechend zu begleiten. Eine Stimme für den Haushalt 2020, für den Einzelplan 02 des Jahres 2020, ist damit auch eine Stimme für ein starkes Ruhrgebiet.

Die CDU-Landtagsfraktion bewertet den Einzelplan als schlüssig, ausgewogen und notwendig und wird diesem sowie dem vorgelegten Haushaltsentwurf für 2020 insgesamt zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hagemeyer. – Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Fraktionsvorsitzende Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist so: Beim Ministerpräsidenten wird nicht gekleckert, sondern geklotzt. Wenn wir das bei den Investitionen auch so hätten, wären wir mit diesem Haushalt weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war in der letzten Legislaturperiode noch ganz anders. Damals hat die Opposition eben keinen zusätzlichen Bedarf formuliert, sondern Herr Witzel

hatte 2017 für den letzten rot-grünen Haushalt insgesamt 27 Kürzungsanträge für die Staatskanzlei parat. Er sah hier in einem Gesamtvolumen von 8 Millionen Euro Kürzungsmöglichkeiten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo ist er denn jetzt?)

Dann kam die Regierung Laschet zum Zug. Und was passierte?

(Monika Düker [GRÜNE] zeigt ein Diagramm.)

Das Säulendiagramm sieht man ja auch in der letzten Reihe. Die Säulen hier unten betreffen Rot-Grün. Das kann man sehr schön sehen. Ab da ging es nur noch in eine Richtung: bergauf.

Das Gegenteil wurde also gemacht. Es wurde nicht gekürzt, sondern ein weiterer Aufwuchs formuliert. Ich nenne nur einmal die Stellen für jedes Jahr, damit klar wird, welchen Umfang das hat:

Im Nachtragshaushalt 2017 waren es 17 Stellen für den Ministerpräsidenten, im Haushalt 2018 waren es plus 25 Stellen, im Haushalt 2019 noch mal plus 20 Stellen, und im Haushaltsentwurf sind es plus 17 Stellen. Das macht summa summarum 79 Stellen mehr für den Ministerpräsidenten.

Er kann sich nicht nur über üppige Volumina bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Präsentationsarbeit freuen, was er ja immer sehr gerne macht, sondern er bekommt auch noch schicke Grundsatzreferate mit hoch dotierten Stellen, um sich da zuarbeiten zu lassen.

(Sven Wolf [SPD]: Wenn man Kanzler werden will, braucht man das!)

Herr Ministerpräsident, vielleicht verwechseln Sie die Staatskanzlei mit einer Parteizentrale.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier wurde maßlos und nicht mit Maß und Mitte zugegangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere an die Aussage von Ministerpräsident Laschet vom 03.06.2017 in der „Rheinischen Post“. Dort sagte er:

„... Rot-Grün hat die Ministerialbürokratie sehr stark aufgebläht. Wir werden das nicht machen. NRW wird am Ende der Legislaturperiode nicht mehr Beamte und Angestellte in der Verwaltung beschäftigen als heute.“

Ich bin mal gespannt, wie Sie in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode 79 Stellen in Ihrer Staatskanzlei wieder abbauen. Im Übrigen haben wir auch im Haushaltsverfahren gefragt, wie die Landesregierung gedenkt, mit dieser Zusage umzugehen. Was bekamen wir als Antwort? Die Stellen könne man ja nicht so im Einzelnen berechnen, sondern das würde gesamtbudgetmäßig gedeckt. Und auf was verwies

der Finanzminister? Auf die globale Minderausgabe beim Personal.

Das heißt übersetzt: Das Grundsatzreferat beim Ministerpräsidenten wird durch die unbesetzten Stellen in den Schulen finanziert. – So haben wir uns das nicht vorgestellt, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin auf Ihre Aussage gespannt, warum Sie in dieser Staatskanzlei ein derart üppiges Volumen brauchen. Ich sehe die Notwendigkeit nicht. Im Übrigen wäre das Geld in anderen Sachen besser angelegt. Ich verweise auf die Grundsatzdebatte. Wenn wir diese Aufwüchse bei den Investitionen hätten, aber nicht in der Staatskanzlei, wären wir weiter. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Jetzt spricht Frau Kollegin Freimuth für die FDP-Fraktion.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 02 – Ministerpräsident – mit dem Abschnitt „Staatskanzlei“ ist sicherlich immer ein besonderer Einzelplan. Aber über die eine oder andere Wortmeldung oder den einen oder anderen Debattenbeitrag in der laufenden Aussprache konnte ich mich aber nur wundern.

Ich finde, wenn man mal an die Tatkraft-Tage zurückdenkt, bei denen eine Kampagne, ein Parteiformat im Grunde genommen eins zu eins in die Staatskanzlei überführt wurde, muss man mit Vorwürfen, hier würde die Arbeit einer Landesregierung und eine Repräsentanz dieser Arbeit mit ganz vielen Herausforderungen, auf die ich gleich noch zu sprechen komme, in eine Parteizentrale verwandelt, vorsichtig sein. Leute, lasst mal die Kirche im Dorf!

(Beifall von der FDP)

Hier sind ja gerade auch Grundsatzreferate angesprochen worden. Wir spüren alle und diskutieren doch im Übrigen aufgrund Ihrer Anträge, die Sie im Grunde genommen in jede Plenardebatte einbringen, dass wir im Augenblick mehr tun wollen und tun müssen, gerade was die Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie angeht. Es geht um die Frage, wie wir Zivilgesellschaft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zukünftig organisieren.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Deswegen, finde ich, brauchen solche Dinge wie Demokratie,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

religiöse Belange und das Ehrenamt durchaus mehr Aufmerksamkeit, die wir ihnen auch geben wollen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir alle wissen, dass die Bedrohung des Miteinanders, insbesondere durch rechtsradikale, rechtsextreme und antisemitische Strömungen – das ist ja in den letzten Wochen deutlich geworden und diskutiert worden – ein Ausmaß erreicht hat, von dem ich jedenfalls gehofft hatte, dass wir das nie wieder in diesem Land würden feststellen müssen.

In der Staatskanzlei wird an vielen Stellen an der Prävention vor Rechtsextremismus gearbeitet.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Wo denn?)

Hier ist gerade schon angesprochen worden, wir haben fraktionsübergreifend die Institution der Antisemitismusbeauftragten eingerichtet. Die Landesregierung hat mit Frau Ministerin a. D. Sabine Leutheuser-Schnarrenberger hier auch eine exzellente Entscheidung getroffen. Ihre Arbeit hat sich bewährt, und es gibt auch einen hohen Andrang und eine hohe Nachfrage von Betroffenen und Ratsuchenden. Deswegen werden wir sie auch in 2020 als Parlament unterstützen, und aktuell führen wir Gespräche – das ist Ihnen bekannt –, wie wir diese Arbeit noch besser ermöglichen können.

Ich sagte gerade, dass es auch um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft geht. Wir diskutieren häufig und leidenschaftlich darüber, dass das Ehrenamt dabei eine ganz zentrale Aufgabe erfüllt. Und wenn wir das Ehrenamt und das großartige bürgerschaftliche Engagement, dass wir in unserer Gesellschaft in vielen Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften usw. haben, stärken wollen – und das wollen wir –, dann ist es auch richtig und wichtig, dafür die Mittel zu erhöhen.

In 2020 sehen wir 500.000 Euro zusätzlich für die Stärkung des Ehrenamts vor. Ich will das in Erinnerung rufen, weil gerade auch zu hören war, im Einzelplan sei ein einseitiger Aufwuchs feststellbar. Im Titel für das Ehrenamt werden künftig fast 2 Millionen Euro bereitgestellt.

(Beifall von der FDP und Daniel Hagemeier [CDU])

Das ist das 17-fache von dem, was noch zu Zeiten von Rot-Grün zur Verfügung stand. Deswegen kann ich nur sagen: Wir unterstützen die Ehrenamtsstrategie aus voller Überzeugung, um die Ehrenamtler zu stärken und weitere Freiwillige zu ermutigen,.

Der dritte Punkt, der gerade schon angesprochen worden ist und den ich an dieser Stelle herausgreifen will, ist das Thema „Ruhr-Konferenz“. Die erste Phase wurde erfolgreich abgeschlossen. Mit der Ergänzungsvorlage wird die Chance genutzt, drei weitere Projekte sofort anzustoßen.

Ich weiß, dass die Frage, ob man das Ganze nun Metropolregion nennen soll, leidenschaftlich diskutiert wird, aber Fakt ist doch, dass wir eine Region mit einem großen Potenzial und vielen Ideen haben und wir dieses Potenzial für das Wohl unseres gesamten Landes heben wollen. Insofern finde ich diese Haushaltsansätze angemessen, und deshalb werden wir dem Einzelplan 02 zustimmen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Als Nächster redet für die AfD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende, Herr Wagner.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Laschet, wir müssen uns heute mit Ihrer Haushaltsvorlage für die Staatskanzlei auseinandersetzen. Ich weiß nicht, ob Sie trotz der von Ihnen vorgelegten Zahlen gut geschlafen haben, ich hoffe aber zumindest, dass Sie gut im Landtag angekommen sind.

Die Frage ist nur, wie oder, besser gesagt, womit Sie angekommen sind. Vielleicht haben Sie ja mal wieder den Hubschrauber genommen. Den nehmen Sie ja gerne, wie auf Nachfrage zugegeben werden musste, während das Volk im Stau zu stehen hat, weil Schwarz, Gelb, Rot und Grün in trauter Eintracht und trotz enormer Steuereinnahmen die Infrastruktur haben verrotten lassen.

Im Stau stehen sollen die Menschen Ihrer Meinung nach nun in Elektroautos. Es lohnt, sich daraufhin mal den Fuhrpark der Staatskanzlei anzusehen. Wir haben die Landesregierung im Hauptausschuss gefragt, und ich kann es vorwegnehmen: Sie erfüllen zwar das Klischee des abgehobenen Politikers, der anderen etwas vorschreiben will, aber Ihre Forderungen an die Bürger setzen Sie selbst nicht um.

Insgesamt 81 Autos stehen der Staatskanzlei zur Verfügung. Nur zwei davon haben einen Hybridantrieb. Vor einem Jahr waren es noch vier. Wie viele der 81 Fahrzeuge verfügen über einen Elektroantrieb? – Keines. Den Bürger bei allem Möglichen bevormunden, ihn durch eine unwissenschaftliche Dieselseindschaft unnötig enteignen, aber selbst nicht liefern – das nennt man Doppelmoral. Und eine solche Doppelmoral lehnen wir ab.

(Beifall von der AfD)

Für sich selbst haben Sie sich privat ja ein kleines Elektroauto gekauft, um an Ihrem Image zu arbeiten. Aber schauen wir auf Ihre Flotte an Dienstwagen: Da fahren Sie selbst lieber in mit Diesel angetriebenen 7er BMWs oder S-Klassen durchs Land.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Ich bin doch für Diesel! Sie wissen doch, dass ich für Diesel bin!)

Es sei denn, der Straßenverkehr ist Ihnen zu profan. Dann wird der Helikopter geordert. – Bürgerlich ist anders, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Anstatt endlich 24 Stunden besetzte Baustellen samt Baustellenmanagement zu schaffen, wird lieber 24 Stunden lang für Image, Jubelbroschüren und Presseempfänge gearbeitet, obwohl mit Funke doch ein wesentlicher Teil der Presse auf ihren Minister hört. Der Rest der Presse gehört überwiegend der SPD, und den WDR teilen Sie sich untereinander auf.

Dann ist da noch der üppige Stellenzuwachs. Allein in der Staatskanzlei sind es 77 neue Stellen seit Ihrem Amtsantritt. Das sind neue Posten, die vornehmlich dafür da sind, sich um das Image der Landesregierung zu kümmern. Auch das ist wenig bürgerlich. Denn der Bürger muss Ihren Machtapparat ja mit seinen Steuern bezahlen. Dafür muss er jeden Morgen aufstehen, seine Kinder versorgen, seinen Job machen. Da sollten Sie schon demütiger sein, wenn Sie sein Geld für Ihre persönlichen Zwecke verprassen.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Das ist ein Malocher!)

Und in Zeiten, in denen die Zahl der Messerattacken im Zuge Ihrer Politik der ungeschützten Grenzen steigt und steigt, wollen Sie uns, die AfD, bis aufs Messer bekämpfen. – Was für eine unwürdige Sprache für einen Staatsmann!

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das sagen genau die Richtigen! – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Selbst für die kleinere Ausgabe, den Parteipolitiker, ist das geschmacklos.

(Beifall von der AfD)

Es ist die Sprache der Hetze und der Spaltung. Politische Gegner werden zum Feind erklärt.

Sie haben dieses Land durch Ihre fatalen Fehlentscheidungen in der Migrationspolitik, in der Energiepolitik, in der Europapolitik massiv polarisiert und gespalten. Nun hetzen Sie gegen jeden, der auf die Folgen Ihrer Fehler hinweist oder die völlig statthafte Kritik aus dem Volk heraus artikuliert. Sie bekämpfen lieber denjenigen, der auf das Problem hinweist und aufzeigt, wie es zu lösen ist, als die von Ihnen verursachten Probleme selbst.

Sie sind ja auch immer dabei, wenn es darum geht, die Westgrenze NRWs nicht zu schützen, die konservativen Restbestände aus der CDU zu vertreiben und innerparteilich mal gegen die CSU oder – wenn es in die eigene Karriere passt – gegen AKK vorzu-

gehen. Das mag als Parteipolitiker zum Erfolg beitragen, aber eines ist es eben nicht: staatsmännisch. Und das sollte man doch wohl schon sein, wenn man ernsthaft meint, kanzlertauglich zu sein.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Es ist weder bürgerlich noch staatsmännisch und eben auch nicht kanzlertauglich, wenn der Aufwuchs der Mehrausgaben für Ihre Staatskanzlei seit 2016 40 Millionen Euro beträgt. Dabei ist der Sport schon herausgerechnet, und die Ruhr-Konferenz und die Antisemitismusbeauftragte begründen diese Summe nicht.

Herr Laschet, die Staatskanzlei ist keine private Karrierestation, in der Sie auf Kosten der Steuerzahler Ihr Image päppeln sollen, um Kanzlerkandidat zu werden. Das, Herr Laschet, ist nicht kanzlertauglich.

Keine Tilgung der Schulden im Landeshaushalt? – Nicht kanzlertauglich.

Minister, die durch Pleiten, Pech und Pannen auffallen? – Nicht kanzlertauglich.

Keine Lust, unsere Grenzen zu schützen? – Nicht kanzlertauglich.

Wer so seinen eigenen Etat aufstellt, kann es auch im Bundeskanzleramt nicht.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Da kommt der Malocher!)

Wir lehnen diese Haushaltsvorlage für den Etat der Staatskanzlei ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt hat der Ministerpräsident das Wort. Herr Laschet, bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 02 gilt im Ranking der Einzelpläne der Landesregierung als Querschnittshaushalt. Er umfasst die klassischen politischen Aufgaben, nämlich die politische Planung, die Ressortkoordination und die Vertretung des Landes.

Zum Geschäftsbereich gehören die Aufgabenbereiche des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales und des Bevollmächtigten des Landes beim Bund. Für den Bereich des Bundes gibt es in anderen Ländern zum Teil sogar eigene Ministerien. Hinzu kommen die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt und die Medien- und Netzpolitik, die ebenfalls in der Staatskanzlei ressortiert.

Dort sind somit vier Diskussionsbereiche aufgeteilt, obwohl diejenigen, die sich hier zu Wort gemeldet haben, gern nur die Gesamtsumme nennen und nachher nicht mehr über diesen Einzelplan sprechen.

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel. Hier werden Balkendiagramme und Ähnliches hochgehalten, und es wird gesagt, es seien 67 Millionen Euro mehr als früher. Allerdings macht allein der Sportbereich weit über 50 Millionen Euro aus.

(Monika Düker [GRÜNE]: Zahlen lügen nicht!)

Es ist unredlich, das mit der Staatskanzlei zu vermischen. Das ist Absicht bei uns, Frau Düker: Wir wollen den Sport und das Ehrenamt stärken. Wir haben dafür eine Staatssekretärin. Das mag Ihnen passen oder nicht. Dafür gibt es mehr Geld.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Alles ist begründet. Es gibt mehr Geld für den Sport und das Ehrenamt. Es gibt ein Breitensportprogramm, und dafür gibt es mehr Geld. Es gibt eine Antisemitismusbeauftragte, und dafür gibt es mehr Geld.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Das kommt aber erst in drei Tagesordnungspunkten, Herr Ministerpräsident!)

Es gibt eine Ruhr-Konferenz, und auch dafür gibt es mehr Geld. So ist das.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir haben neue Stellen geschaffen, weil wir sachgrundlose Befristungen in Stellen für dauerhaft angestellte Mitarbeiter umgewandelt haben. So hätten die Sozialdemokraten mit den Mitarbeitern umgehen müssen, anstatt sie sachgrundlos zu befristen. Das ist doch unglaublich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sachgrundlose Befristung in einer Staatskanzlei – das war bis 2017 die Regel. Man schreibt den Unternehmen vor, wie sie sich zu verhalten haben, und die sozialdemokratisch geführte Staatskanzlei hatte sachgrundlos befristete Mitarbeiter. – Damit ist bei mir Schluss.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das glaubt er doch selber nicht!)

Ich möchte Ihnen noch etwas zum Gebäude der Staatskanzlei sagen. Sozialdemokraten kommen zu mir und sagen hinter vorgehaltener Hand: Gut, dass Sie aus diesem Stadttor raus sind. Gut, dass Sie aus diesem abgehobenen Glaspalast raus sind. Endlich wieder eine Staatskanzlei, wie sie Nordrhein-Westfalen jahrelang geprägt hat.

Jetzt wird die Staatskanzlei umgebaut. Es werden viele Millionen Euro – Sie erfinden immer eine ent-

sprechend große Summe – für einen inklusiven, behindertengerechten Zugang aufgewendet. Vorher waren ein Gesundheitsministerium, ein Sozialministerium und ein Integrationsministerium dort ansässig. Schon vor 20 Jahren hätte man das Gebäude behindertengerecht umbauen müssen und nicht erst in dem Moment, in dem die Staatskanzlei dort einzieht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

All diejenigen, die dort an Veranstaltungen teilnehmen, sehen, dass dort das Nötigste gemacht worden ist. Die Mitarbeitervertretung war überrascht vom Zustand der sanitären Anlagen. Mitarbeiter der Gewerkschaften sagen: In der alten Staatskanzlei waren wir besser aufgehoben. Bitte bringt das auf einen Stand, der im öffentlichen Dienst üblich ist.

Ich nehme das alles gern auf mich. Ich stelle mich vor die Mitarbeiter. Ich sage selbstbewusst: Für die Aufgaben, die wir definiert haben und die ich eben benannt habe, und für das Gebäude, in dem Menschen arbeiten und das das Haus des Landes ist, das die Bürgerinnen und Bürger besuchen sollen, wird auch mehr Geld ausgegeben. Punkt. Ende.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Der Landesbauminister ist da aber nicht drin!)

Ich nenne einen letzten Bereich, auf den später in der Tagesordnung nicht mehr eingegangen werden wird: Das Ehrenamt wird gestärkt; das ist Absicht. Wir werden im Jahr 2020 zusammen mit dem Kommunen-Netzwerk „engagiert in NRW“ von rund 6 Millionen Ehrenamtlern stärker fördern. Wir haben eine Engagementstrategie entwickelt.

Im Jahr 2020 werden wir die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen finanzieren, damit ihre Mitarbeiter auch durch Herausgabe von Arbeitshilfen bessere Möglichkeiten haben.

Man kann das Ehrenamt auch in irgendeinem Ministerium behandeln. Wir jedoch nehmen das ernst und holen es in die Staatskanzlei. Mir persönlich ist es wichtig. Dafür braucht es qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das nötige Geld, damit in diesem Land wirklich etwas bewegt wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Mir liegen hierzu keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache zu Teil a) Staatskanzlei.

Ich rufe auf:

b) Europa und Internationales

Als erstem Redner erteile ich für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Weiß das Wort.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Verwalten geht Ihnen über Gestalten. Dies war die damalige Bewertung meiner Fraktion und meine zum Haushaltsentwurf für 2019 vor ziemlich genau einem Jahr. Ich muss Ihnen gestehen, dass der vorliegende Entwurf für den Etat diese Einschätzung leider auch erneut verdient.

Hinter den in Haushaltsdebatten besprochenen kalten Zahlen stehen – das muss ich Ihnen nicht erklären, meine Damen und Herren: egal in welches Ressort Sie hineinschauen – lebendige Projekte und engagierte Menschen vor Ort. Eine verlässliche finanzielle Unterstützung ist eine unverzichtbare Säule, die die Europaaktiven und auch die in der Entwicklungspolitik Tätigen in NRW trägt.

Der Anspruch eines Haushaltsentwurfes muss damit synchron gehen. Es ist die Verpflichtung eines Ministeriums, den Verantwortlichen vor Ort Vertrauen und finanzielle Verbindlichkeit entgegenzubringen. Da ist es mit schierem Verwalten, mit geringem Gestaltungswillen beileibe nicht getan. Dabei würden die aktuell gut gefüllten Kassen des Landes für diesen Etat durchaus Ambitionen und Perspektive zulassen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch den kleinen, aber wichtigen Zusatz, dass ein Grund dafür nicht nur die immensen Steuermehreinnahmen, sondern vor allem auch die schon von Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnten globalen Minderausgaben, beispielsweise im Bereich der Lehrkräfte, sind.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich begrüße beispielsweise, dass Sie knapp 200.000 Euro mehr für den Haushalt Europa veranschlagen. Das ist richtig und absolut begrüßenswert. Die Wichtigkeit wirtschaftlich gut aufgestellter grenzüberschreitender Regionen ist unbestritten. Die jährliche Aufstockung der Förderung in diesem Bereich kann jedoch nicht in jedem Entwurf den Kern einer ambitionierten Europapolitik bilden.

Konkret hätten wir uns etwa gewünscht, dass der Ausbau und die Stärkung kommunaler Städtepartnerschaften einen wichtigeren Platz in diesem Etat gefunden hätten. Ich erlebe immer wieder, dass insbesondere die seit Jahrzehnten bestehenden Partnerschaften einen wunderbaren und lebendigen Austausch herstellen. An dieser Stelle hätte es die Möglichkeit gegeben, mehr zu tun. Hier sind Sie jedoch den Änderungsanträgen der Opposition nicht gefolgt.

Entwicklungspolitisch wäre eine Erhöhung des zweckgebundenen Zuschusses für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit absolut sinnvoll

gewesen, um mit diesen Mitteln neue Impulse für die Partnerschaft NRWs mit Südafrika einzubringen.

Leider konnten wir bei keinem unserer Vorschläge mit Ihrer Unterstützung rechnen. Konkrete Maßnahmen, diesen Haushalt für die Zukunft gezielt mitzugestalten, tragen Sie nicht mit und bleiben dabei eigene Ideen schuldig. Da frage ich mich schon ernsthaft, welches politische Kalkül sich hinter der Ablehnung unserer Vorschläge und Impulse wirklich verbirgt.

Ich bin erneut gezwungen, mich zu wiederholen: Seit 2018 veranschlagen Sie jedes Jahr 100.000 Euro für die Evaluierung entwicklungspolitischer Maßnahmen. Wir fragen, wofür genau dieses Geld eigentlich auf die hohe Kante gelegt wird und wofür – das ist die viel interessantere Frage – diese Mittel alternativ genutzt werden könnten.

Darüber hinaus sehen Sie 1,2 Millionen Euro für die Schaffung der nordrhein-westfälischen Akademie für Internationale Politik vor. Der Umfang und das inhaltliche Konzept sind jedoch nicht eingehend erläutert worden. Unsere Universitäten in NRW – die sich in diesem Bereich tummeln und forschen – hätten bei einer Förderung in dieser Höhe sicherlich Purzelbäume geschlagen.

Gestatten Sie mir zum Ende des Jahres den Hinweis, dass wir uns aktuell in einem Zeitfenster befinden, in dem wir Europa besonders genau im Blick haben müssen. Die Europawahl ist vorbei und das allgemein gesteigerte Interesse an der Medienberichterstattung über Europa ist mittlerweile gedämpft. Wir thematisieren unser europäisches Projekt in unserer Gesellschaft nicht mehr in der gleichen Häufigkeit und Intensität. Wir befinden uns gewissermaßen in einem Aufmerksamkeitsloch.

Unserem Projekt Europa muss immer wieder ein langer Atem eingehaucht werden. Das lässt sich ebenfalls auf die Zukunft der Entwicklungspolitik in NRW übertragen.

Ihr Entwurf, meine Damen und Herren, verbleibt in vielen Teilen ohne wirkliche Perspektive, ohne echten Fahrplan, ohne tieferen Ehrgeiz und beinhaltet viele offene Fragen.

Vergessen Sie bitte nicht die, die sich im Kleinen oder im Großen um Europa und die Entwicklungspolitik verdient machen und dort mit einem Gestaltungswillen anpacken, der Ihnen bei diesem Haushaltsplanentwurf komplett fehlt.

Wir werden diesem Einzelplan deshalb nicht zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Krauß das Wort.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! 2020 liegt das Ende des Zweiten Weltkriegs 75 Jahre zurück; auch das berücksichtigt der vorliegende Entwurf für den Europahaushalt.

Als der erste nordrhein-westfälische Landtag am 2. Oktober 1946 in der Düsseldorfer Oper zusammenkam, stellte der damalige Ministerpräsident Amelunxen fest, dass sich Demokratie nicht über Nacht herstellen lasse.

Selbst heute ist der Bestand unserer Wertegemeinschaft noch keine Selbstverständlichkeit. 75 Jahre nach Kriegsende werden Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit vom Populismus attackiert. Der Ansatz für das Europakapitel setzt hingegen besonders darauf, den europäischen Gedanken lebendig zu entwickeln.

Herr Weiß, wenn Sie genau hingeschaut hätten: Wir gestalten. Nordrhein-Westfalen hat den Vorsitz der Europaministerkonferenz genutzt, um das Thema „Rechtsstaatlichkeit“ nach vorne zu tragen. Dieses Engagement für eine intakte unabhängige Rechtsprechung, Meinungs- und Pressefreiheit – der Wertekanon des Art. 2 des Lissabonner Vertrags – setzt der vorliegende Haushaltsentwurf um.

215 Europaschulen, die besondere Resonanz auf die Europawoche, die Aktivierung im regionalen Weimarer Dreieck, die Partnerschaften mit der Region Hauts-de-France und mit Schlesien, die Pionierleistungen in den Euregios, die Sie gar nicht erwähnt haben, Herr Weiß: Für dieses starke Fundament setzt der vorliegende Haushaltsentwurf ambitioniert entscheidende Akzente.

Das laufende Beneluxjahr demonstriert die Erfolgsgeschichte in Europas Kernregion: mitmenschlich, kulturell, wirtschaftlich. Es schafft Bewusstsein selbst in denjenigen gesellschaftlichen Schichten, die bisher distanzierter waren.

Diesen Schwung nimmt der vorliegende Etat auf. Dahin zu gehen, wo die Integration bisher weniger erfahrbar ist, ist die Voraussetzung für den Frieden in Wohlstand, für Freiheit und Einheit.

Auf dieser Welle liegt auch die Initiative „Europa – Erleben und Lernen“. Für den grenzüberschreitenden Austausch steht das Plus in diesem Haushalt.

Gerade in einer Zeit, in der Europa in der Welt am meisten gebraucht wird, stehen wir vor ganz großen Herausforderungen. Folgerichtig will Nordrhein-Westfalen mehr Europa. Das hat unser Ministerpräsident Armin Laschet am 2. April 2019, bei der Unterzeichnung der politischen Erklärung, besonders deutlich gemacht. Mit dieser Erklärung ist die Zusammenarbeit mit der Benelux-Union erneuert und vertieft worden.

Der vorliegende Entwurf des Europakapitels greift die Herausforderungen auf: proaktiv in einem komplizierten Kontext, mit akkurater Vorbereitung auf einen Brexit mit gradlinigen Positionen zum mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020.

NRW steht fest in dem Zusammenhalt von Ideen, Kultur und Religionsgeschichte in Europa in Überzeugung von Menschenwürde und in Verantwortung für unsere Schöpfung.

Der Klimawandel und das Wachstum der Erdbevölkerung sind immense Herausforderungen, und die Agenda 2030 verpflichtet sozial, ökologisch und wirtschaftlich.

Es gibt große Entschlossenheit, diese Energiewende auch voranzutreiben und bei der Klimaneutralität in sozialer Verantwortung mit wirtschaftlicher Vernunft schnell zu sein. Doch Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Armutsbekämpfung oder Friedensordnung verpflichten zur intensiven Zusammenarbeit weltweit.

Das Eine-Welt-Bewusstsein im Inland und die internationale Kooperation gehören essenziell zusammen. Das greift die Landesregierung auf.

Wir unterstützen, Herr Weiß, die Eine-Welt-Promotoren. Gerade die Partnerschaft mit Ghana stellt der Haushaltsentwurf auf eine feste Grundlage: nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, berufliche Bildung, Stärkung des Privatsektors, der Verwaltungsaustausch.

Für diese Partnerschaft finden wir viele Unterstützer in den Hochschulen und in den Schulen, in der Wirtschaft, in den IHKs, in den Kirchen. Aber auch breite Kreise der Zivilgesellschaft engagieren sich: Beispielsweise das Ghana-Forum oder das Engagement Global. Dafür sind wir dankbar.

Besonders zu würdigen ist das verstärkte Engagement unseres Bundeslandes in Israel für die Begegnungen, für die kulturelle und wirtschaftliche Kooperation, für die Jugend, für die Bildung, für die Erinnerungskultur. Das gilt auch für das NRW-Büro in Israel, das dafür ein besonderes Forum baut.

Sie sehen: NRW engagiert sich und wird sich auch weiter engagieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Weiß, wir machen mehr, und wir machen vor allem mehr als die Vorgängerregierung; das können Sie an den Haushaltsansätzen erkennen.

Wichtig ist – darauf sind Sie auch eingegangen; das betrifft schließlich die Erhöhung des Gesamtansatzes für die internationale Zusammenarbeit – uns auch das Vorhaben der Gründung einer nordrhein-westfälischen Akademie für internationale Politik in Bonn, unserer Bundes- und UN-Stadt. Meine Damen und Herren, Sie mögen das kritisieren, aber auch das ist Standortpolitik für NRW.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die vorliegenden Ansätze für die Haushalte Europa und Internationales schaffen die Grundlage für Dialog und Beteiligung für den selbstverständlichen Bezug der Nachhaltigkeit, dies- und jenseits unserer Landesgrenzen im Denken und im Handeln. Daher stimmen wir zu, und zwar aus voller Überzeugung. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns nur über die Zahlen des Haushalts unterhalten müssten – so haben wir es auch im Ausschuss diskutiert –, gäbe es eine große Übereinstimmung über fast alle Fraktionen des Hauses hinweg, was den Europahaushalt angeht und was die Europapolitik betrifft.

Insofern kann man jetzt eigentlich die Rede beenden. Man könnte solche Zahlen linksherum drehen, rechtsherum drehen. Vieles hat sich gegenüber der Zeit vor 2017 an den Zahlen nicht geändert; im Wesentlichen besteht also Kontinuität. Wir könnten alle zufrieden sein.

Aber so eine Haushaltsdebatte ist auch Anlass, darüber zu reden, was Anspruch und was Herausforderung an dieser Stelle ist, gerade im Bereich der Europapolitik.

Hier ist eine Landesregierung angetreten zu sagen: Wir wollen als großes Land in Europa eine viel größere Schlagkraft entwickeln. Wir wollen präsenter sein.

Dann müssen Sie aber genau hinsehen, an welchen Stellen das Land Nordrhein-Westfalen in Sachen Europapolitik wirklich präsent ist und in welcher Weise sich das Land einbringt.

Fragen wir doch einmal, gehen wir doch einmal die Bereiche durch. Wie sieht es in der europäischen Klimapolitik aus? Ich habe von dieser Landesregierung nichts gehört, wenn es um die Weiterentwicklung der europäischen Klimapolitik geht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe nichts gehört, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn es darum geht, die originären Interessen dieses Landes in die zukünftige Finanzgestaltung der europäischen Haushaltsordnung einzubringen.

Wir, beispielsweise auch die Ruhr-Konferenz, sind von Fördergeldern in Teilen abhängig. Nur durch die Förderung der Europäischen Union lassen sich die ehrgeizigen Projekte, die jetzt gesammelt worden sind, finanzieren.

Aber wir haben ein Finanzierungsproblem, siehe Brexit. Was sagt denn diese Landesregierung dazu? Wie soll zukünftig eine Strukturförderung organisiert werden? Wohin soll das Geld gehen? Wo sollen die Schwerpunkte gesetzt werden? – Null. Anspruch, Wirklichkeit und Herausforderung sind nicht in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie sieht es denn in der europäischen Agrarpolitik, dem wichtigen Feld, aus? Warum demonstrieren denn die Bauern derzeit in Berlin?

(Henning Höne [FDP]: Gegen die Grünen! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Gegen eure permanente Verunglimpfung!)

Weil es große Unsicherheiten gibt. Wo ist da die Positionierung der Landesregierung, wie zukünftig Landwirtschaft organisiert werden soll? Das ist eine Zukunftsfrage für unser Land. Hier kommt null von dieser Landesregierung.

Wie sieht es in dem wichtigen Feld der Handelspolitik aus? Für Nordrhein-Westfalen als Industriestandort ist die Handelspolitik von großer Bedeutung. Auch hier sehen wir keine eigenen Initiativen.

Also: Anspruch und Herausforderung in der Europapolitik werden nicht geleistet, stattdessen Symbole, die auch teilweise keine Wirkung entfalten oder nur ins Schaufenster gestellt werden sollen.

Offensichtlich ist das die Absicht, beispielsweise durch die Ernennung von Herrn Merz zum Brexit-Beauftragten. Ich meine, dabei sind lediglich zwei Weiterbildungsgespräche mit dem Wirtschaftsminister herausgekommen. Jedenfalls ist dem Landtag und der Öffentlichkeit mehr nicht berichtet worden.

Wenn ich zu Recht an die großen Ankündigungen denke, die Herr Ministerpräsident in Sachen Unterstützung von Notre Dame gemacht hat, frage ich mich, was dabei herausgekommen ist. Es war wieder Symbolpolitik.

Im Münsterland werden Handwerkerinnen und Handwerker in mittelalterlicher Bauweise unterrichtet und gefördert. Alles gut und schön, aber den Ankündigungen und den Herausforderungen entspricht diese Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht. Wenn es konkret wird, verweigern Sie die Unterstützung.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Herr Höne, ein solcher Zwischenruf ist nun wirklich unter Ihrem Niveau. Beschäftigen Sie sich bitte mit der Europapolitik und sagen Sie da, was Sie dazu denken. Auch von Ihrer Fraktion kommt an dieser Stelle null Initiative. Insofern reihen Sie sich in diese Koalition ein.

Sorry, Herr Krauß, wir haben nicht mehr 215 Europaschulen. Letzte Woche gab es eine Presseerklärung

der Landesregierung, dass zwölf hinzugekommen sind. Wir haben einen konkreten Antrag zur Unterstützung der europäischen Bildungsarbeit gestellt. Das lehnen Sie ab.

Auch wenn es darum geht, die Eine-Welt-Politik und die internationale Politik durch eine Vorlage einer Eine-Welt-Strategie nach vorne zu bringen oder endlich eine Neuaufstellung der Partnerschaft mit Südafrika anzugehen – meine Kollegin Aymaz hat es im Ausschuss bereits ausgeführt –, bleiben Sie Antworten schuldig.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, treten Sie als Ministerpräsident beim Internationalen und bei der Eine-Welt-Politik in die Fußstapfen des Ministers Laschet. Damals war in diesem Bereich sehr viel mehr los als heute. Daran könnten Sie wieder anknüpfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Nüchel das Wort.

Thomas Nüchel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Remmel gerade war ein untauglicher Versuch, das schlechte Gewissen über das europapolitische Versagen der rot-grünen Vorgängerregierung zu kaschieren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Rainer Bischoff [SPD])

Mit hehren Fragen und Ansprüchen versuchen Sie, im Wolkenkuckucksheim Stöckchen zu legen, um Antworten auf Fragen zu erbitten, zu denen teilweise die Zahlen und Fakten noch nicht feststehen. Natürlich ist dieser Versuch der Opposition legitim

Dann kommen Sie wieder mit der alten Geschichte mit Merz. Man könnte auch nachdrücklich die Stelle anders beschreiben: Engagement zum Nulltarif, kein Personalstab, kein Honorar, keine Belastung für den Steuerzahler.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Falsch gesagt! Nur Rückschläge! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Aber keine Leistung!)

Trotzdem war er intensiv nicht nur an zwei Fortbildungsveranstaltungen beteiligt, sondern bei mehreren Workshops mit Wissenschaft, Wirtschaft sowie bei den Veranstaltungen der IHK.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Für BlackRock!)

Er war sogar bei der Europakonferenz in London, und trotzdem versuchen Sie, ihn auf die Ebene zwischen Nosferatu und Jack the Ripper zu stellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir sollten heute auch einmal positive Nachrichten verkünden, gar nicht nur zum Haushalt. Wir können heute rufen: Habemus EU-Kommission. – Sie ist da, und ab Montag nächster Woche wird sie ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Eine gute Nachricht sind auch die Ergebnisse der Bertelsmann Studie, bei der große Sympathie und großes Interesse der Menschen in Europa, aber auch in Deutschland hinsichtlich der EU festgestellt werden konnten.

Natürlich gibt es auch eine andere Seite der Medaille. Für viele Menschen ist alles noch viel zu intransparent und vielleicht auch zu komplex. Für viele Menschen sind die Beamten der EU Roboter, die den täglichen Bürokafee in viele Erlasse und Verordnungen verwandeln.

Deswegen ist auch der Ansatz, den die neue Kommissionspräsidentin wählt, einen neuen Schwung für die Demokratie in Europa anzustreben, richtig.

Ihr Vorschlag, eine Konferenz zur Zukunft Europas und seiner Institutionen voranzubringen, ist gar nicht schlecht. Die Europäerinnen und Europäer sollen die Zukunft der Union mitgestalten.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

– Ich weiß, dass das für die AfD nicht zu verstehen ist, aber damit will ich mich jetzt auch gar nicht befassen.

Auch junge Menschen und viele Mitgestalter in der Zivilgesellschaft werden mit Interesse diesen Prozess begleiten, und auch wir in NRW sind – davon bin ich fest überzeugt – gut vorbereitet.

Die NRW-Koalition wird diesen Prozess unterstützen und ihren Beitrag dazu leisten. Das können wir deshalb so gut, weil wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf die erfolgreiche Arbeit der NRW-Koalition gezielt mit neuen Schwerpunkten fortsetzen können.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist eben nicht nur alles Kontinuität, wie Herr Kollege Remmel uns glauben machen will – das ist eigentlich ein vergiftetes Lob –, sondern wir gestalten.

Das merken Sie auch daran, dass die Partner in den Niederlanden und Belgien, unsere direkten Nachbarn – sie müssen natürlich der wichtigste Schwerpunkt sein –, sagen, es sei seit 2017 endlich wieder etwas passiert, nachdem zwischen 2010 und 2017 fast Funkstille herrschte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich rate der Opposition, kritisch zu hinterfragen, warum man das sieben Jahre lang vernachlässigt hat. Vielleicht ist es Ihnen auch heute noch nicht wichtig. Das war ein Ratschlag, den Sie vielleicht mehr als Schlag denn als Rat auffassen.

Die Kontakte und Beziehungen zu den Niederlanden und Belgien sind ein zentraler Punkt, und darum kümmern wir uns. Wir haben mehrere Initiativen und Anträge in das Parlament eingebracht. Sie sagen, wir hätten nichts getan, vielleicht spielt in dieser Hinsicht bei Ihnen aber auch die Vergesslichkeit eine große Rolle.

Wir haben – gerade auch in Zusammenarbeit mit den Beneluxländern – viele Projekte finanziert und werden die Dynamik des letzten Jahres weiter fortsetzen. Es ist, ich glaube heute, dazu auch ein Abschlussbericht – noch eine positive Nachricht – veröffentlicht worden.

Ein zentraler Punkt – er liegt auch mir sehr am Herzen – ist die Finanzierung und der Ausbau eines deutsch-niederländischen Jugendwerks. Ich nehme das deutsch-französische Jugendwerk als glorreiches Vorbild und meine, dass wir damit dazu beitragen können, die Kontakte zwischen den beiden Ländern, zwischen jungen Menschen noch nachhaltiger zu gestalten. Ich war sehr überrascht, dass es so wenig gab, als wir die Verantwortung übernommen haben. In diesem Zusammenhang werden wir ordentlich Gas geben.

Mit Blick auf den internationalen Bereich ist es sehr gut, dass wir uns auf die Partnerschaft mit Ghana konzentrieren, auch in Sachen „Wirtschaftsförderung“ und nicht nur im Bereich „Umweltpolitik“. Wir befinden uns insofern auf dem richtigen Weg. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD hat nun der Abgeordnete Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Irgendeiner muss ja die blauen Luftballons mit den gelben Sternchen bezahlen, die hier gefühlt alle zwei Tage unsere Lobby zieren. Dazu gehören auch all die Kugelschreiber, die Pappfähnchen, die Hochglanzbrochüren, die uns von den Segnungen des neuen Brüsseler Superreichs überzeugen sollen.

Sonst kommt am Ende noch einer auf die Idee, das alles zu hinterfragen. Sonst fragt am Ende noch einer, warum dieser Riesenapparat jetzt von einer Frau geführt wird, die schon als Ministerin zu Hause nichts, aber auch gar nichts auf die Reihe bekommen hat.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Mehr als Sie!)

Sonst fragt am Ende noch einer, warum wir eigentlich eine Währung haben, die uns im Interesse einiger weniger verarmen lässt und gleichzeitig im Süden der EU zu massiven Verwerfungen führt.

Vielleicht würde jemand die SPD fragen, warum sie die Beiträge deutscher Sozialversicherten mir nichts, dir nichts in die leeren Sozialkassen der Griechen und anderer überweisen möchte.

CDU und FDP könnten vielleicht gefragt werden, warum wir die Hauptquelle unseres Wohlstands, unsere Automobilindustrie, einem durchgeknallten EU-Regulierungsapparat mit absurden Grenzwerten ausliefern.

Das alles wollen Sie natürlich nicht hören. Denn drei Dinge machen für Sie einen guten Europäer aus: Schnauze halten, Steuern zahlen, Fähnchen schwenken.

Wer Ihre fade Inszenierung dieses glorifizierten Brüsseler Bürokratiemonstrums nicht mitmacht, der ist ein böser Nationalist. Der will natürlich wieder Krieg, weil uns davor ja allein Ursula von der Leyen schützen kann. Dabei sind längst Sie die tumben Nationalisten, die Fähnchenschwenker, die Hurra-Patrioten und die Imperialisten. Ihre nicht ganz trockenen Träume vom EU-Großreich unterscheiden Sie nur unwesentlich von den schlimmsten Imperialisten der Menschheitsgeschichte.

Weil das Volk da nicht so recht mitgehen will, muss es eben vollgedröhnt werden mit EU-Propaganda. Die ist meistens so stumpf, einseitig und plump, dass sie Ihnen keiner abkauft. Aber das hindert Sie nicht daran, ein paar Millionen Steuergeld dafür rauszuhauen.

Präsident André Kuper: Herr Abgeordneter, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel. Lassen Sie die zu?

Sven Werner Tritschler (AfD): Sehr gern, Herr Remmel.

Präsident André Kuper: Herr Remmel hat das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank für die Möglichkeit. – Ich wollte nur fragen, ob es zutreffend ist, dass Sie per Internet aus dem Landtag heraus die Bürgerinnen und Bürger auffordern, die beste Idee einzureichen, die EU-Flagge zu schmähen, und sich dabei im Bild eine Fußmatte unter die Füße legen, um die Füße darauf abzutreten. Ist das zutreffend?

Sven Werner Tritschler (AfD): Das ist nicht ganz zutreffend. Das ist die Fußmatte, die man gewinnen kann. Aber ich stehe nicht darauf, und ich trete mir darauf auch nicht die Füße ab.

Gemeinsam mit Berlin ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Es geht weiter! Peinlich und unwürdig! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Aus dem ... heraus! Unglaublich! – Weitere Zurufe)

Herr Präsident. – Gemeinsam mit Berlin und der Zentrale in Brüssel lassen Sie sich in puncto Eigenwerbung nicht lumpen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Unglaublich!)

So ganz überzeugt sind Sie davon aber selbst nicht. Wenn das Volk weiter ungehorsam die EU ablehnt – darum ging es bei der Aktion, Herr Kollege Remmel –, dann soll es zukünftig nämlich in den Knast gehen, bis zu drei Jahre. Dafür hat die Landesregierung im Bundesrat gestimmt, in bester DDR-Manier.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Es wird Sie nicht wundern, dass wir dem nicht zustimmen, genauso wenig wie Ihrem Haushalt in diesem Punkt. Weniger weil wir Sorge haben, dass das irgendwie funktioniert, es geht schlicht und ergreifend nicht an, dass Sie für Ihre politische Werbung im eigenen Interesse – und um nichts anderes geht es – den Steuerzahler in Haftung nehmen.

Genauso wenig findet der Bereich Internationales unsere Zustimmung. Hier leistet sich das Land NRW eine eigene Nebenentwicklungshilfepolitik. Das ist ganz klar und eindeutig nicht die Angelegenheit des Landes. Schwarz-Gelb hat zu Regierungsantritt mal versprochen, man wolle diesen Bereich evaluieren, stellt sogar Geld dafür zurück. Wir haben das sehr begrüßt. Aber dieser Ankündigung ist bis heute nichts gefolgt, Herr Laschet – wie so oft.

Und so fressen all die kleinen Projekte, deren Erfolg im Regelfall nicht messbar ist, die aber immerhin irgendwie die Existenz einiger linksgrüner Parteigänger sichern, Jahr für Jahr Millionen von Steuergeld.

Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, die vielen Altmarxisten, die sich beim Eine-Welt-Netz und wo auch immer rumtreiben, danken es Ihnen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie haben weiterhin eine weich gepolsterte Nische und dort die Möglichkeit, uns mit Dingen wie einem fairen Modeführer für das Ruhrgebiet und ähnlichem Gutmenschenklimbim zu erfreuen oder gleich ganz unverhohlen die Marktwirtschaft infrage zu stellen.

Die AfD-Fraktion hat daher die komplette Streichung dieses Bereichs beantragt. Nicht nur inhaltlich und verfassungsrechtlich ist höchst fragwürdig, ob das ins Grundgesetz gehört, es ist auch schlichtweg Unsinn. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. Herr Abgeordneter Tritschler, ich

rüge Sie wegen einer Wortwendung, die Sie gerade in Ihrer Rede verwendet haben. Ich werde diese Worte nicht wiederholen und spreche die Rüge dafür an dieser Stelle aus.

Ich darf nun der Landesregierung und damit Herrn Ministerpräsidenten Laschet das Wort erteilen.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um nur das Letzte aufzugreifen: Bei dieser Wortmeldung sehen wir, was für Nordrhein-Westfalen auf dem Spiel steht. Das, was hier vorgetragen wurde, war die pure Rückkehr in alten Nationalismus, die pure Rückkehr.

(Beifall von CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ihre Rede, Herr Tritschler, war gegen den Binnenmarkt, gegen die gemeinsame Währung, gegen die Europäische Union.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie eine Europaflagge so behandeln, wie Sie es machen,

(Zuruf von der CDU)

dann reden Sie gegen die Europäische Union.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie stehen außerhalb der Tradition von 70 Jahren Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wenn sich das bewahrheitet, wenn es keine Europäische Union gäbe,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

wenn wir nicht die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg hätten,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

würden Hunderttausende Arbeitsplätze in diesem Land gefährdet. Sie spielen mit den Arbeitsplätzen der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das ist das Schlimme, was Sie machen.

(Beifall von CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Herr Ministerpräsident, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Abgeordneten Tritschler. Möchten Sie die zulassen?

Armin Laschet, Ministerpräsident: Nein. Er hat seinen Nationalismus hier lange genug ausbreiten können.

(Beifall von CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie können Kritik an Einzelmaßnahmen üben. Aber das Projekt Europa infrage zu stellen, macht diesen Widerspruch erforderlich.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Nun reden wir mit den anderen an Europa interessierten Fraktionen dieses Hauses. Ich denke, da gibt es viel Übereinstimmung in den Grundfragen.

Hier in der Debatte kam eher die Kritik: Es gibt wenige neue Impulse und neue Ideen, das haben wir alles schon gemacht.

Herr Remmel fragt: Warum demonstrieren die Bauern? – Also, Herr Remmel, das hätte ich jeden in Ihrer Fraktion fragen lassen, aber an Ihrer Stelle hätte ich hier nicht vorgetragen, warum die Bauern demonstrieren.

(Beifall von CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

In der Tat hat die Landesregierung in den letzten zweieinhalb Jahren kein neues Konzept für eine europäische Agrarpolitik, für die Regelung der finanziellen Vorausschau, für die Handelsabkommen der Europäischen Union in der Zukunft vorgetragen. So verstehen wir aber auch unsere Aufgabe nicht.

Wir verstehen unsere Aufgabe so, Herr Remmel, dass wir unseren Beitrag erst einmal im Konkreten leisten. Ich kann mit Ihnen gerne – das würde mir sogar Spaß machen – über die Zukunft der Europäischen Union, die finanzielle Vorausschau und die Schwerpunktsetzungen philosophieren.

Mir geht es aber mehr darum, mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg konkrete Dinge zu verabreden, dass wir uns mit den Regierungschefs regelmäßig treffen, dass wir bei der inneren Sicherheit kooperieren, wo es geht, dass wir die Verkehrsverbindungen vom Duisburger Hafen in die Welt, in die Niederlande über die Bahn, über Straßen bauen. Das hilft den Menschen, und das ist die erste Aufgabe einer Landesregierung, Europa regional umzusetzen in den Euregios und in vielem anderen, was da stattfindet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann kann man Kooperationen von Hochschulen fördern, von Kommunen, von der Zivilgesellschaft mit unseren Partnerprovinzen Hauts-de-France in Frankreich und denen in Schlesien, wo sich derzeit der Minister für Europa und Internationales aufhält. Wir hatten das Beneluxjahr mit vielen Impulsen und neuen Anfängen. Wir entwickeln Jugend- und Schulprojekte. Wir haben eine gemeinsame Chemiestrategie mit den

Niederlanden angestoßen. Ich will gar nicht alles vortragen, weil da schon viel gemacht worden ist.

Dann sage ich Ihnen: Es ist auch wichtig, für Nordrhein-Westfalen zu werben. Deshalb wird in der Staatskanzlei vom Ministerpräsidenten jeder Botschafter eines Mitgliedslandes der Europäischen Union empfangen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Darüber machen Sie sich lustig. Das nennen Sie „rote Teppiche“. Ich sage: Aus jedem dieser Gespräche mit jedem Land ...

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Herr Zimkeit, Sie wissen doch gar nicht, worüber Sie reden.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Aus jedem dieser Gespräche entsteht ein neuer Gedanke der Kooperation für Wissenschaft, für Kultur. Sie glauben gar nicht, was Botschafter dazu beizutragen haben und wie wertschätzend sie es empfinden, dass nicht nur der Minister, der das ebenfalls macht, sondern auch der Ministerpräsident sich diese Zeit nimmt.

Ich habe darüber hinaus dafür geworben, dass wir die Beziehungen zu Russland wieder verändern. Wir haben den Petersburger Dialog nach Nordrhein-Westfalen eingeladen. Auch Russland ist ein Partner unserer Kooperation.

Auch China ist ein Partner als Außenhandelsland.

Auch die Vereinigten Staaten sind ein Partner.

In Israel werden wir im nächsten Jahr eine Vertretung des Landes für die Themen „Bildung“, „Wissenschaft“, „Start-ups“ und „Schulkooperationen“ einrichten, weil es am Ende auch den Menschen nutzt.

Deshalb gehört der Blick über die Landesgrenzen hinweg hinaus in die Welt zu Nordrhein-Westfalen. Das nutzt unserem Land. Das finden Sie auch im Haushalt wieder.

Die Gründung der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik in Bonn wird die klügsten Fellows aus der Welt zusammenrufen. Dort werden wir dann über die Zukunft, über internationale, globale Fragen nachdenken. Das wird eingeordnet in den Exzellenzcampus Bonn. Die Universität Bonn hat im Exzellenzwettbewerb sechs Exzellenzcluster errungen, gerade auf diesen Feldern. Sechs Exzellenzcluster allein in Bonn sind übrigens mehr als im gesamten Freistaat Bayern. Deshalb: Die Stärke einer solchen Exzellenz auch für internationale Fragen zu nutzen, das haben wir mit angestoßen. Das wollen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Es gibt eine Kurzintervention aus den Reihen der AfD. Der Abgeordnete Wagner hat das Wort. Bitte.

Markus Wagner (AfD): Herr Ministerpräsident, Sie haben ja eben die Kritiker und Gegner des Euro quasi als Nationalisten und Europafeinde dargestellt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Da sprechen wir von dem Euro, der nur lebensfähig ist aufgrund der Nullzinspolitik.

Wir sprechen von dem Euro, der mittlerweile dazu führt, dass erste Banken in Deutschland damit beginnen, Spareinlagen ab dem ersten Cent negativ zu besteuern.

Wir sprechen von dem Euro, von dem Experten sagen, dass er Negativzinsen von minus 4 bis minus 7 % wird aufweisen müssen, um überhaupt noch am Leben zu bleiben.

Wir sprechen von dem Euro, der Sparer, Lebens- und Rentenversicherte hart trifft, weil sie auf ihre Einlagen nichts mehr bekommen.

Wir sprechen von einem Euro, der Europa in Nord und Süd spaltet.

Der Gegner des Euros ist kein Europafeind, sondern ein Europafreund, meine Damen und Herren. Das will ich hier ganz klar feststellen.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Herr Ministerpräsident Laschet, eine Entgegnung? – Er macht nicht davon Gebrauch. Vielen Dank.

Dann darf ich damit die Aussprache, weil mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, zu dem Teil b) Europa und Internationales schließen.

Ich eröffne die Aussprache zum Bereich

c) Sport

Als erstem Redner für die Fraktion der SPD gebe ich dem Abgeordneten Bischoff das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Debatten und Diskussionen im Sportausschuss hat im Wesentlichen und sehr intensiv die Frage der Machbarkeitsstudie zu den Olympischen Spielen 2032, die wir ja alle nach Nordrhein-Westfalen holen wollen, eine Rolle gespielt. Die SPD hatte beantragt, 400.000 Euro im Haushalt für eine Machbarkeitsstu-

die bereitzustellen. Wir sind uns dann nicht einig geworden. Die regierungstragenden Fraktionen haben diesen Antrag abgelehnt. Deswegen spielt er natürlich jetzt hier in der Diskussion eine entscheidende Rolle.

Ich will kurz die Gründe aufführen, mit denen die regierungstragenden Fraktionen den Antrag abgelehnt haben, und will dazu dann die Gegenargumente nennen.

Sie sagen: Es ist eine Privatinitiative. Damit haben wir nichts zu tun. Dafür geben wir kein Steuergeld aus. Es ist auch zu früh, um eine Machbarkeitsstudie zu machen, der DOSB muss erst einmal aktiv werden.

Zum Ersten: Eine Privatinitiative steht immer in dem Ruch, dass sie einen privaten Vorteil, einen Eigennutz bringt. Ich schätze Herrn Mronz sehr. Ich schätze die Initiative von Herrn Mronz sehr. Aber wir alle wissen, dass er Sporteventmanager ist, dass also moderne Sportanlagen in Nordrhein-Westfalen ein Vorteil für sein Geschäft sind.

Eine Landesinitiative hingegen, eine Machbarkeitsstudie des Landes, steht nicht im Verdacht, einen privaten Vorteil herbeizuführen, sondern das ist Allgemeinnutzen, das ist gesellschaftlicher Nutzen,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

und das ist ein Vorteil für die Allgemeinheit.

Deswegen macht es Sinn, dass jetzt ein qualitativer Sprung entsteht und wir bekunden: Ja, wir fördern die Privatinitiative. – Das hören wir von Ihnen im Ausschuss regelmäßig, Frau Milz. Das ist immer Ihre Wortwahl.

Jetzt ist der Moment, in dem wir sagen müssen: Nein, jetzt ist es Allgemeingut. Jetzt wollen wir eine Machbarkeitsstudie. Jetzt wollen wir zeigen, dass diese Privatinitiative allgemeingültig für alle Bürgerinnen und Bürger von Vorteil ist. – Insofern findet das bereits praktisch statt. Das wollen wir deutlich sagen.

Herr Ministerpräsident Laschet, Sie führen regelmäßig Pressekonferenzen gemeinsam mit Herrn Mronz durch. Am 21.10. wurde das Projekt in Berlin vorgestellt. Das finden wir gut. Wer A sagt, muss aber auch B sagen. Dann muss man auch sagen: Okay, es ist Sache des Landes. Sie können sich auf Pressekonferenzen nicht nur neben Herrn Mronz stellen und nicken und sagen: Wir unterstützen die Privatinitiative. Dann müssen Sie sagen: Machbarkeitsstudie her!

Zum zweiten Argument, es sei alles zu früh: Wir wissen, dass im Dezember die Mitgliederversammlung des DOSB stattfindet. Wir haben hier vor 14 Tagen einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen verabschiedet, dass wir die Bewerbung unterstützen und begrüßen – vor 14 Tagen erst –, weil wir versuchen wollen – lassen Sie uns das so

deutlich sagen –, Einfluss auf die Mitgliederversammlung des DOSB zu nehmen. Wir wollen eine Beschlussfassung, eine Richtungsentscheidung herbeiführen, die besagt: Der DOSB hält das auch für eine gute Idee.

Dann muss logischerweise der zweite Schritt folgen. Wenn man das machen will, dann muss der zweite Schritt sein: Wir wollen eine Machbarkeitsstudie. Wir wollen das unterstützen. Wir wollen untersuchen, ob das alles positiv für Nordrhein-Westfalen ist. – Dann ist es noch unverständlicher, wenn man das Ganze ablehnt. Sie sind inkonsequent, wenn Sie es ablehnen.

Zum Dritten: Dahinter steht die Erwartung – das wird auch aus Interviews von Ministerpräsident Laschet deutlich –, dass man sich, wenn der DOSB im Dezember immer noch nichts macht – wobei wir wünschen, dass er es täte –, dann in Tokio am Rande der Olympischen Spiele nahekommen möge, dass der dann sagt: Die Olympischen Spiele in Tokio waren toll; das wollen wir in Deutschland auch machen. Auf das Pferd setzen wir.

Wenn das der Fall ist, also im Dezember nichts kommt, dann reden wir aber hier über den Haushalt 2020. Tokio ist Mitte 2020. Spätestens nachdem eine solche Äußerung, die erwünscht ist, käme, müssten wir sofort aufspringen und sagen: Jetzt brauchen wir eine Machbarkeitsstudie. – Darüber reden wir die ganze Zeit. Dann muss sie jetzt in den Haushalt.

Wir bilden uns ein, wir können alle Ihre Argumente klar widerlegen. Wer willens ist, der kommt gar nicht drumherum, zu sagen: Wir brauchen die Machbarkeitsstudie.

Für die Menschen auf der Zuschauertribüne und die, die anschließend das Protokoll lesen, will ich Folgendes sagen: Wir beraten in diesen Tagen über einen Haushalt von 80 Milliarden Euro. Unser Vorschlag sind 400.000 Euro. Das ist viel Geld. Wer ein Häuschen baut und 400.000 Euro investieren muss, der überlegt sich das lange. 80 Milliarden Euro sind eine immense Summe.

Ich will das einmal in Relation setzen. 80 Milliarden Euro sind 80.000-mal 1 Million Euro. Darüber reden wir jetzt. Das ist der Landeshaushalt. Wir wollen 400.000 Euro. Das heißt übersetzt: Wenn ein Bürger 80.000 Euro besitzt, dann beantragen wir, für eine solche Studie 40 Cent davon einzusetzen – 40 Cent von 80.000 Euro! Darum geht es hier. Sie sagen Nein. Ich wiederhole: Wer das will, der macht das. Wir wollen. Wir halten das für das zentrale Thema in dieser Haushaltsberatung. Und da Sie das ablehnen, lehnen wir den Haushalt ab. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Nettekoven.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unglaublich, dass man es schafft, in fünf Minuten wieder das zu tun, was man beim Olympia-Antrag auch gemacht hat: über eine Machbarkeitsstudie zu sprechen und kein Wort zum Sporthaushalt zu verlieren. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Ich erzähle Ihnen gleich, was Nordrhein-Westfalen Gutes tut. Dann tut es weh, zu sehen, dass in den letzten zweieinhalb Jahren zweimal eine Machbarkeitsstudie zu Olympischen und Paralympischen Spielen gefordert wurde. Ansonsten haben Sie im Sport bisher nichts gefordert – schade.

Ganz kurz zu dem gemeinsamen Antrag für die Paralympischen/Olympischen Spiele für Nordrhein-Westfalen: Am Samstag war ich als einziger sportpolitischer Sprecher bei der paralympischen Gala. Frau Rücker hat es sehr begrüßt. Wären Sie da gewesen, hätten Sie das Lob von Frau Rücker für unseren gemeinsamen Antrag mitbekommen. Aber Sie haben leider gefehlt.

(Zuruf von der SPD)

– Herr Weske war da, genau.

Sie haben kein Wort zum Sporthaushalt gesagt, weil Nordrhein-Westfalen einen so tollen Haushalt hat. Den möchte ich Ihnen kurz erläutern. Es gibt fast 287 Millionen Euro für den Sport in NRW. Das entspricht einem Plus von rund 65,5 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Meine Damen und Herren, diese Zahlen belegen eindrucksvoll: Wir reden nicht nur, wir packen an. Wir investieren in den Sport.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Davon profitieren die Sportvereine und die Sportverbände, die Sporttreibenden und die Sportbegeisterten, die Leistungssportler und die Breitensportler. Mit uns bleibt NRW Sportland Nummer eins. Unter Armin Laschet ist die Sportpolitik zur Chefsache geworden.

Im organisierten Sport herrscht Aufbruchsstimmung. Nach einer langen Flaute – ich würde sagen, über die letzten sieben Jahre – spürt der Sport in NRW den frischen Rückenwind aus Düsseldorf. Das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ hat einen beeindruckenden Stapellauf hingelegt. Wir haben das Steuer herumgerissen und einen neuen Kurs gesetzt.

Die Sportorganisationen nutzen jetzt den lange Zeit schmerzlich vermissten finanziellen Gestaltungsspielraum und arbeiten gemeinsam an lokalen Umsetzungskonzepten. Ja, so sieht eine moderne und bedarfsgerechte Sportstättenentwicklung aus, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Persönliche Leistungsbereitschaft und Teamgeist sind zentrale Erfolgsfaktoren im Sport und auch in der Sportpolitik. Ich möchte mich an dieser Stelle persönlich bei Staatssekretärin Andrea Milz für das tolle Teamwork bedanken.

Im gepflegten Doppelpassspiel mit der Abteilung Sport der Staatskanzlei haben wir schon einiges im Sport nach vorne gebracht: 50 Millionen Euro mehr für „Moderne Sportstätte 2022“, damit insgesamt 80 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. 1,4 Millionen Euro mehr für die Sportpauschale im GFG, die damit seit 2017 um fast 8 Millionen Euro erhöht werden konnte. 2 Millionen Euro mehr für Sportstätten mit herausragender Bedeutung für NRW im Hinblick auf die Fußball-EM 2022.

Wir sind stolz auf unser Sportland. Das Sportland NRW als Standort nationaler und internationaler Sportveranstaltungen weiterzuentwickeln, ist das erklärte Ziel unserer Landesregierung. Durch den Rückzug Hamburgs wurde uns früher als geplant die Gelegenheit gegeben, die Finals bereits 2020 nach NRW zu holen.

Beherzt hat die Landesregierung die Chance ergriffen und die in den Haushalt eingestellte Förderung von Sportgroßveranstaltungen noch einmal um 5,24 Millionen Euro auf insgesamt 7,2 Millionen Euro erhöht.

Ich bin mir sicher, dass sich diese Investition langfristig auszahlen und dass dies das Standing NRWs als leistungsfähiger Austragungsort herausragender Sportevents noch einmal merklich steigern wird. 2022 wird ein gutes Jahr für den Sport in NRW.

Der vorliegende Haushaltsentwurf bildet eine solide Basis, um unsere sportpolitischen Ziele in enger Abstimmung mit den Sportorganisationen unseres Landes zu erreichen. NRW, Sportland Nordrhein-Westfalen, wir halten Kurs. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich darf das Wort für die Fraktion der Grünen an die Abgeordnete Frau Paul weitergeben.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will auch mit dem offensichtlich aktuellsten und heißesten sportpolitischen Thema, das NRW gerade beschäftigt, einsteigen: der Frage, ob und, wenn ja, wie und in welchem Zustand sich Nordrhein-Westfalen für Olympische und Paralympische Spiele 2032 bewerben wird. In welchem Zustand, Herr Kollege Nettekoven, das ist doch eigentlich die entscheidende Frage.

Sie ziehen es ein bisschen ins Lächerliche, dass die SPD-Fraktion jetzt schon mehrfach eine Machbarkeitsstudie beantragt hat. Sie haben diese jedes Mal mit dem Verweis, man könne doch jetzt nicht sagen, was man 2032 brauchen würde, abgelehnt. Glauben Sie denn, die Planung für Olympische Spiele 2032 kann man im Dezember 2031 machen?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir müssen doch jetzt endlich auf den Tisch gelegt bekommen, was uns Olympische und Paralympische Spiele kosten werden und welche Infrastrukturmaßnahmen wir dafür noch umsetzen müssen.

Ich finde es einigermaßen erstaunlich, wenn Herr Mronz einerseits sagt, die schwarze Null würde auf jeden Fall stehen, das könne er jetzt schon sagen, während er andererseits erklärt, es sei unredlich, zum jetzigen Zeitpunkt schon genauere Kostenplanungen zu machen. Das ist eine Wundertüte, die ich nicht nachvollziehen kann. Entweder ist das eine oder das andere nicht richtig, oder er hat einen bemerkenswerten Taschenspielertrick, den ich auch gerne kennen würde.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir sind uns doch darin einig, dass Paralympische und Olympische Spiele für Nordrhein-Westfalen eine Chance darstellen können. Deshalb haben wir den gemeinsamen Antrag hier eingebracht, und deswegen haben wir ihn auch mit großer Mehrheit beschlossen.

(Beifall von Andreas Terhaag [FDP])

Wir haben das in großer Einhelligkeit miteinander diskutiert. Wir haben auch die entscheidenden Fragen, die jetzt zu klären sind, in den Antrag geschrieben. Das ist – vielleicht nicht zentral – der Begriff einer Machbarkeitsstudie. Das, was dahintersteckt, steht schon in dem Antrag, und das ist das Zentrale. Wir müssen uns jetzt darauf verständigen, was die Leitplanken sind, welche Infrastrukturmaßnahmen noch gemacht werden müssen, was das kostet.

Wir müssen die Kostentransparenz herstellen, weil wir doch – darauf haben wir uns in dem gemeinsamen Antrag verständigt – von Beginn an eine breite Bürgerbeteiligung haben wollen. Das funktioniert aber nur, wenn man Transparenz herstellt.

Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, warum Sie Angst vor einer Machbarkeitsstudie haben. Die Dinge, die darin erörtert werden, sind doch das, was wir hier miteinander besprochen und verabschiedet haben. Wir brauchen jetzt Fleisch am Knochen. Wir müssen jetzt ernsthaft darüber sprechen, denn sonst wird sich Nordrhein-Westfalen nicht für Olympische und Paralympische Spiele bewerben – nicht 2032 und auch nicht danach.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will aber auch noch zu anderen Punkten des Haushalts Stellung nehmen, denn es geht hier ja nicht nur um Zukunftsmusik für Olympische und Paralympische Spiele.

Kern der finanzpolitischen Entscheidungen im Sporthaushalt ist auch in diesem Jahr einmal mehr das Programm „Moderne Sportstätte 2022.“ 80 Millionen Euro für das Jahr 2020 sind im Grundsatz eine gute Nachricht für die Sportstätteninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Das will ich im Grundsatz gar nicht kritisieren.

Kritisieren möchte ich, dass Sie die Förderung an den Kommunen vorbei gemacht haben. Die Förderung geht allein über die Bünde und Vereine, also allein über den organisierten Sport. Ich kann mir nicht helfen, aber aus meiner Sicht erklärt die Landesregierung hier eine Grundskepsis gegenüber der Sportpolitik auf kommunaler Ebene. Das finde ich ein schlechtes Zeichen für die kommunale Familie.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Es sind nicht zuletzt die Kommunen, die zu 80 % die Sportförderung in diesem Land aufbringen. Sie sind damit der stärkste Träger des Sports. Warum die Landesregierung so misstrauisch gegenüber der kommunalen Sportpolitik ist, erschließt sich mir nicht.

Auch in einem anderen Bereich darf man die kommunale Verankerung der Sportpartei CDU und der Sportpartei FDP hinterfragen. Denn nach wie vor steht im Raum, dass die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Pauschalen im GFG zu einer Kannibalisierung der Fachbereiche führt.

Sie haben das Windhundprinzip zu einem neuen Prinzip der Fachpolitik erhoben: Wer am lautesten schreit – das haben Sie damals auch im Interview gesagt –, kriegt mehr Geld. Das Windhundprinzip ist an die Stelle einer nachhaltigen Sportentwicklungsplanung vor Ort getreten. Da waren wir schon einmal wesentlich weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Leider kann die Landesregierung die Wirksamkeit dieser Politik nicht nachweisen. Sie behaupten, von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit würde der Sport profitieren. Wir haben mehrfach gefragt, ob Sie das mit konkreten Zahlen belegen könnten. Ihre Antwort war: Nein, leider nicht, diese Zahlen können wir von den Kommunen nicht erheben.

Das heißt, unterm Strich bleibt: Sie behaupten etwas und kennen die Wirksamkeit nicht. Ich glaube, dass der Sport davon nicht profitiert. Denn wenn es durch die Schuldecke hereinregnet, dann erneuert man doch nicht zuerst den Boden in der Turnhalle.

Zur Frage der Selbstverzweigung: Es wird ja immer gesagt, Sport sei jetzt Chefsache, und die Selbstverzweigung werde beendet. Dann frage ich mich doch, wann endlich die große Offensive des Ministerpräsidenten kommt, wann die Länder endlich mehr Geld vom Bund für ihre Sportstätteninfrastruktur bekommen.

Das Bäderprogramm ist 17-fach überzeichnet. 10 von 60 Anträgen in Nordrhein-Westfalen wurden genehmigt. Wenn wir wirklich Sportland Nummer eins sein wollen, wenn wir nicht ein Zwerg in Berlin sind und wenn Sport Chefsache ist, dann erwarte ich von dieser Landesregierung, dass ernsthaft etwas passiert, dass sich der Bund stärker finanziell engagiert.

Präsident André Kuper: Die Redezeit.

Josefine Paul (GRÜNE): Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Terhaag das Wort.

Andreas Terhaag (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, nicht ohne Stolz sagen zu dürfen: Die letzten zwei Jahre waren gute Jahre für den Sport in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wie auch in den zurückliegenden zwei Jahren werden wir mit unserem Haushaltsentwurf 2020 dafür sorgen, dass das nächste Jahr ein weiteres gutes Jahr für den Sport wird. Denn im nächsten Jahr steigern wir die Ausgaben für den Sport erneut um 60 Millionen Euro auf nun über 280 Millionen Euro. Im Länderranking nehmen wir damit dauerhaft einen vorderen Platz ein.

Deshalb bin ich auf unser Sportland und die fast 5 Millionen Sportlerinnen und Sportler in den rund 19.000 Vereinen mit ihren unzähligen ehrenamtlichen Kräften sowie die zahlreichen Verbände stolz. Denn nur aufgrund dieses festen und stabilen Fundamentes verfügt unser Land über so zahlreiche Leistungssportlerinnen und -sportler sowohl in olympischen als auch paralympischen Disziplinen sowie in den modernen Trendsportarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, traditionell fördert und unterstützt Nordrhein-Westfalen den Breiten- wie auch den Leistungssport in einem ausgewogenen Verhältnis. Beide Bereiche sind aufeinander angewiesen. Denn nur mit einer guten Breitensportba-

sis können sich Athleten im Leistungssport entwickeln, und umgekehrt führt erfolgreicher Leistungssport auch zu höherer Nachfrage im Breitensport.

Es ist allerdings immer noch viel zu tun. Denn wir wollen insgesamt eine deutliche Situationsverbesserung erreichen. Dafür haben wir uns im Besonderen drei Großprojekte vorgenommen: erstens unser bereits erwähntes Sportstätten-Infrastrukturprogramm, zweitens den Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“ und drittens den Aktionsplan „Sport und Inklusion in Nordrhein-Westfalen“.

Alle diese Projekte bilden sich im kommenden Sporthaushalt ab. Der größte Aufwuchs des Sporthaushaltes für das nächste Jahr basiert mit 50 Millionen Euro auf der Mittelbereitstellung zur Durchführung des Landesprogramms „Moderne Sportstätte 2022“, unserem Großprojekt Nummer eins.

Das umfangreiche und – wir haben es schon mehrmals gehört – unbürokratische Infrastrukturprogramm für unsere Vereine ist zum Selbstläufer geworden. Unser Förderprogramm erfreut sich größter Nachfrage bei den Vereinen. Grund hierfür – auch das haben wir gehört – sind die vielen Sportstätten, die sich in einem schlechten baulichen Zustand befinden, da Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen in der Vergangenheit nur unzureichend durchgeführt werden konnten.

Wiederum andere Sportstätten entsprechen heutzutage nicht mehr dem modernen Sportsgeist. Denn auch die Bedürfnisse der Sportlerinnen und Sportler haben sich verändert. Es gibt neue, moderne Trendsportarten, die neuartiger Sportstätten bedürfen. Dazu kommt noch ein verändertes Sportverhalten von Jung und Alt, Menschen mit und ohne Handicap oder Personen mit Migrationshintergrund.

Unterstützt wird dieses Programm für die Kommunen durch die fortlaufende Dynamisierung der Sportpauschale. So hat sich die Sportpauschale seit unserer Regierungsübernahme vor zwei Jahren um rund 8 Millionen Euro auf 58 Millionen Euro erhöht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ und die Dynamisierung der Sportpauschale erzeugen vor Ort einen spürbaren Nutzen bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist der Grundstein für unser Langzeitvorhaben, nämlich eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 in der Metropolregion Rhein-Ruhr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Plenarwoche haben wir mit breiter Landtagsmehrheit die Bewerbungsbestrebungen für Olympische und Paralympische Spiele in NRW unterstützt. Nun gilt es, in

einen Bürgerdialog einzutreten und die Bürger für das größte internationale Sportfest zu begeistern.

Eine breite Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern erreichen wir nur dadurch, dass auch sie einen persönlichen Mehrwert durch die Ausrichtung des weltweit größten Sportevents erkennen und erfahren werden. Das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ – gepaart mit den beiden Aktionsplänen – ist sozusagen als Motivationsspritze für Olympia zu sehen.

Wir müssen für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen, dass unser Land der Herausforderung der Realisierung eines solchen Megasporevents gewachsen ist. Deshalb beweisen wir schon jetzt unser Können bei der Ausrichtung zahlreicher sportlicher Großveranstaltungen im nächsten Jahr.

Dazu zählen zum Beispiel die Finals 2020 an Rhein und Ruhr. Jetzt gilt es, in wenigen Monaten dieses Multisportevent zu planen und zu organisieren. In Anbetracht dieser kurzen Zeit ist das eine große Herausforderung, der sich die Landesregierung stellt.

Wir lassen sie dabei nicht im Stich und freuen uns, 4 Millionen Euro in die Sportwettkämpfe zu investieren. Denn der Mehrwert wird ein deutlich größerer sein. So wird NRW bereits im nächsten Jahr bei dieser nationalen Olympiade im medialen Rampenlicht stehen. Das ist eine wichtige Blaupause für mögliche Olympische und Paralympische Sommerspiele 2032.

Deshalb stimmen wir dem Einzelplan 02 zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Terhaag. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Keith.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich heute zum Haushalt äußern, lieber Herr Nettekoven. Jetzt bin ich doch etwas überrascht, dass alle zu Olympia gesprochen haben.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Ich nicht!)

– Ich schon. – Nichtsdestotrotz: Sie alle wollen Olympia. Ja, Sie alle wollen Olympia. Sie haben einen Antrag dazu ausgearbeitet und dem Plenum vorgelegt. Sie haben mit breiter Mehrheit beschlossen, dass Sie die Bewerbung um die Olympischen Spiele vorantreiben möchten.

Dazu werden tolle Veranstaltungen in Berlin durchgeführt. Es werden die Oberbürgermeister und andere Repräsentanten aus Nordrhein-Westfalen in die Landesvertretung nach Berlin beordert, um entsprechende Interessenarbeit zu tätigen. So weit, so gut.

Aber woher kommt das Interesse an dieser Bewerbung? Sie sagen immer: aus der Mitte der Gesellschaft. Was ist denn die Mitte der Gesellschaft? Die Mitte der Gesellschaft sind 14 Oberbürgermeister, diverse Vertreter von Industrie und Wirtschaft und ein Sportevent-Manager, der davon lebt, große Sportevents auszurichten. Das ist zuerst einmal die Mitte der Gesellschaft.

Wenn Sie die Meinung der Gesellschaft, der Bürger dieses Landes, haben wollen, dann fragen Sie sie doch. Dann schaffen Sie so, wie wir das im Sportausschuss angeregt haben, die rechtlichen Möglichkeiten einer Volksbefragung. Fragen Sie die Menschen da draußen, ob sie die Olympischen Spiele 2032 möchten. Dann haben sie auch einen offiziellen Auftrag und können ganz offiziell mit dem entsprechenden Sportmanager arbeiten und Vorkehrungen für eine erfolgreiche Bewerbung um die Olympischen Spiele 2032 treffen.

(Beifall von der AfD)

Die Kinder hier in Nordrhein-Westfalen interessiert im Übrigen Ihre Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2032 nicht. Die Kinder und Jugendlichen, die Sportler dieses Landes, interessiert, warum ihre Sportstätten nicht so hergestellt werden, dass sie sie wieder einwandfrei benutzen können. Die Kinder, die Jugendlichen und die Menschen in diesem Land fragen sich, warum die entsprechenden Bewegungsräume – zum Beispiel Parks, Bolzplätze oder Kinderspielplätze – nicht in dem Zustand sind, in dem sie eigentlich sein sollten, warum sie immer weiter verwahrlosen und warum diese Begegnungsorte manchmal auch für Dinge benutzt werden, die nicht selten kriminellen Machenschaften ähneln.

Ob beim Verkehr, der Bildung oder in unserem Fall der Sportinfrastruktur – es mangelt und bröckelt an allen Ecken und Enden. Wir leben von der Substanz und fahren auf letzter Reserve. Es fehlt der politische Wille, endlich eine ernsthafte und schonungslose Inventur durchzuführen.

Sehr geehrter Herr Bischoff, Sie sprachen von einer Machbarkeitsstudie für die Olympischen Spiele. Ich und wir als AfD-Fraktion sagen: Gehen wir einen Schritt zurück und fragen doch erst einmal in Nordrhein-Westfalen nach, wie viele Sportstätten es gibt und in welchem Zustand selbige sind.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Und wessen Verantwortung das ist!)

Das ist doch die Frage, die wir uns stellen müssen, bevor wir überlegen, eine Machbarkeitsstudie zu initiieren.

In den letzten zweieinhalb Jahren haben wir die Landesregierung immer wieder gefragt, wie es mit unseren Sportstätten in Nordrhein-Westfalen aussieht. Es gab keine Antwort. Das war unter anderem bei den Schwimmbädern der Fall. Da lautete die Ausrede:

Die Schwimmbäder sind in kommunaler Selbstverwaltung oder haben private Betreiber; dazu können wir nichts sagen.

Sie sind jetzt seit zweieinhalb Jahren an der Regierung. Sie hätten doch einmal nachfragen können. Dann hätte man erfahren können, in welchem Zustand sich unsere Schwimmbäder und die Sportinfrastruktur insgesamt befinden.

Dabei – das ist das Interessante – sind alle Akteure in diesem Handlungsfeld, beginnend beim Landessportbund bis hin zur Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, daran interessiert, diese Daten zu erfahren. Es ist schließlich nicht das persönliche Interesse der AfD, zu wissen, wie es da aussieht. Nein, alle beteiligten Akteure sagen in allen Studien immer wieder dasselbe: Ermittelt bitte, wo wir mit unseren Sportstätten in Nordrhein-Westfalen stehen. Wie sieht es hier mit der Sportinfrastruktur aus?

Warum wollen wir das wissen? Weil wir unfassbar viel Geld in die Hand nehmen müssen. Die Schätzungen gehen von 3 Milliarden Euro bis hin zu 6 Milliarden Euro.

Ja, das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist aber viel zu wenig, um die Probleme, die wir hier in Nordrhein-Westfalen mit der Sportinfrastruktur haben, zu lösen.

Noch ein kurzer Satz zu den Ehrenamtlern, die hier permanent erwähnt werden: Ja, deren Leistung gilt es zu loben – ob das aus der Staatskanzlei passiert oder aus einem Ministerium.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Keith (AfD): Dieser Haushaltsentwurf ist definitiv nicht geeignet, dem gerecht zu werden, was unsere Ehrenamtler hier in Nordrhein-Westfalen in den Tausenden Sportvereinen leisten. Denn ohne diese Leistung wäre hier in Nordrhein-Westfalen Schicht im Schacht. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keith. – Für die Landesregierung spricht jetzt der Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nummer eins und soll das auch bleiben. Deshalb haben wir mit „Moderne Sportstätte 2022“ ein nie da gewesenes Investitionsprogramm geschaffen. Dieses Programm erfährt viel Zulauf. Wir

befinden uns bereits in der Umsetzung. Im kommenden Jahr sollen 80 Millionen Euro der insgesamt 300 Millionen Euro verausgabt werden.

Frau Paul, wenn man auf das Ehrenamt und auf Vereine setzt, ist das keine Misstrauenserklärung gegenüber Kommunen. Auch die Kommunen erhalten in der Gemeindefinanzierung für Sportstätten mehr Geld. Aber wir halten es für den richtigen Ansatz, einfach einmal Menschen im Ehrenamt und im Verein anzuerkennen, ohne wieder Räte oder andere Akteure daran zu beteiligen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Ja, genau! Dieser Gedanke ist bei öffentlichen Ausgaben natürlich absurd!)

Das ist die Idee dahinter.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! – Josefine Paul [GRÜNE]: Die Kommunen sind unwichtig? Das betrifft doch die Kommunen!)

– Frau Paul, noch einmal ganz langsam, bitte. Dann verstehe ich Sie auch. Ich habe Sie gerade nicht verstanden. – Wir setzen auf Vereine. Es ist an Vereine gerichtet. Punkt.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Gegenruf von Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Armin Laschet, Ministerpräsident: Wir haben Tausende von Leuten nicht beteiligt. Wir haben auch die Bundesregierung, den UN-Sicherheitsrat und sonst wen nicht beteiligt. Wir wollten einfach direkt an die Vereine herangehen. Sie können die Anträge stellen. Das war die Idee.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Das steht dann ja so im Protokoll!)

Jetzt ein Zweites.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Ministerpräsident. Bevor Sie zu Ihrem zweiten Punkt kommen: Herr Mostofizadeh von Bündnis 90/Die Grünen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, vielen Dank dafür, dass Sie die Frage zulassen. – Sie ziehen das Ganze mit „UN-Sicherheitsrat“ usw. ein bisschen ins Lächerliche.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das tut mir leid!)

Vorweg möchte ich ausdrücklich loben, dass die 300 Millionen Euro bereitgestellt werden; da besteht kein Zweifel.

Ich komme aus einer Stadt, in der es mit großem Konsens mit Ihrer Partei zusammen funktioniert hat, einen Masterplan Sport aufzustellen, gemäß dem die Kommune über mehrere Jahre ausdrücklich Sportinfrastrukturmaßnahmen gefördert hat – im Konsens mit dem Essener Sportbund. Jetzt zu sagen, es sei nicht nötig, die Kommunen zu beteiligen, halte ich für eine für den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen etwas eigenwillige demokratische Sichtweise.

(Heiterkeit von Sven Wolf [SPD] – Widerspruch von der CDU)

Würden Sie mir da zustimmen, Herr Ministerpräsident?

Armin Laschet, Ministerpräsident: Lieber Herr Mostofizadeh, Sie haben gerade Essen gelobt. Ich sage Ihnen persönlich: Das liegt daran, dass Essen einen exzellenten Oberbürgermeister hat.

(Beifall von der CDU und Andreas Terhaag [FDP] – Heiterkeit von der SPD)

Insofern ist dieses Lob an die Stadt Essen ...

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Jetzt zur Sache selbst.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich habe doch nur gesagt: Wenn man sich an Vereine richtet – das ist doch das Einzige –, kommt das nicht direkt einer Misstrauenserklärung gegenüber all jenen, die sich in den Kommunen bemühen, gleich. Vielmehr ist es an jene gerichtet, die eine solche Leistung im Ehrenamt erbringen. Das war die Idee – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Vereine aus Essen, die es beantragen, werden das sicher im Konsens mit dem Sportbereich und den anderen Stellen, mit denen man in Essen kooperiert, also mit der Stadt gemeinsam, besprechen. Das ist doch völlig klar.

Dazu muss ich noch sagen: Ich habe die Rolle, hier zu sprechen, weil wir nicht das Instrument der Parlamentarischen Staatssekretäre haben. Insofern muss und darf ich sprechen.

(Michael Hübner [SPD]: Einen haben wir!)

Eigentlich hätte aber über alles das, was ich hier vortrage, Andrea Milz zu sprechen, die einen super Job

in diesem Ressort macht und hier gerne selber vortragen würde.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Keith [AfD] – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Meine Redezeit verrinnt. – Wir haben bei der Modernisierung der Sportschulen mit zusätzlichen 2 Millionen Euro etwas geleistet, das es ermöglicht, dass Nordrhein-Westfalen Gastgeber der Europameisterschaft 2024 sein kann. Europäische Top-Teams haben dann optimale Trainings- und Aufenthaltsbedingungen.

Wir haben die Strukturen in der Leistungssportförderung geschärft und optimieren sie weiter. Wir haben drei Olympiastützpunkte zu einem zusammengefasst, die Förderung der Trainerinnen und Trainer verbessert und ein neues Talentsichtungs- und Talentförderkonzept entwickelt.

Darüber hinaus widmet sich Andrea Milz sehr stark dem Programm „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“.

Der Aktionsplan „Sport und Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ soll noch mehr Menschen mit einem Handicap in den Sport mit einbeziehen.

Die administrativ deutlich vereinfachte Abwicklung unseres Programms „1.000x1.000“ für insgesamt fast 2.400 Sportvereine – so viele wie nie zuvor – soll ebenfalls mit zur Entbürokratisierung im Sport beitragen.

Wir haben international hohes Ansehen. Wir haben mit dafür gesorgt, dass das Internationale Paralympische Komitee in Nordrhein-Westfalen, in Bonn, bleibt. Das war ein harter Wettbewerb, weil viele es abwerben wollten. Es sitzt jetzt in der alten Landesvertretung in Bonn. Wir haben die Nationale Anti-Doping Agentur Deutschland ebenfalls bei uns.

Darüber hinaus haben wir auch 2020 große Sportereignisse mit der Parakanu-WM in Duisburg, der Hockey Pro League in Mönchengladbach, dem Tischtennis World Cup in Düsseldorf und – das ist ganz besonders schön – den Finals 2020 an Rhein und Ruhr, einem attraktiven Multisportevent mit 15 Deutschen Meisterschaften.

Zu dem Thema „Olympische Spiele“ ist bereits vieles gesagt worden. Herr Bischoff, Sie reduzieren das ausschließlich auf die Machbarkeitsstudie. Irgendwann wird man auch die Machbarkeitsstudie machen. Wir diskutieren doch nur über die Frage: Ist das jetzt sinnvoll, oder ist das jetzt nicht sinnvoll? Wartet man noch weitere Entscheidungen ab?

Einen Satz von Ihnen teile ich nicht. Sie haben gesagt, eine Privatinitiative stehe immer im Verdacht, Eigeninteressen zu verfolgen. Nein, unser Verständnis ist: Privatinitiative ist eigentlich etwas Gutes. Wenn jemand mit einer Privatinitiative beginnt, 14 Städte zusammenbringt, die da mitmachen, und viele

Menschen begeistert, ist das manchmal besser. Ich prophezeie Ihnen: Wenn die Landesregierung gesagt hätte, dass wir Olympische Spiele wollen, und ich dann auf 14 Oberbürgermeister zugegangen wäre, wäre die Zurückhaltung größer gewesen, weil es dann leicht unter dem Verdacht einer Parteipolitik gestanden hätte. Deshalb ist es für die Sache gut, dass das Ganze von unten gewachsen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn der Zeitpunkt da ist – und er wird kommen –, wird es eine Machbarkeitsstudie geben. Ich glaube nicht, dass bis Ende 2019 eine Entscheidung fällt. Ich bin auch nicht sicher, ob sie rund um Tokio kommt. Wie Sie wissen, lässt das Internationale Olympische Komitee jetzt auch Verhandlungen zu, sodass es nicht ein konkretes Enddatum geben wird. Aber wenn es so nah ist, dass wir die Machbarkeit auch noch einmal objektiv nachweisen müssen, dann werden wir das machen. Für das Haushaltsjahr 2020 haben wir es nicht vorgesehen.

Insofern hoffe ich, dass der ansonsten große sportpolitische Konsens im Landtag auch im Jahre 2020 trägt. Denn in Sportvereinen sind Menschen aller Parteien tätig. Dass wir das im Landtag durch die Art, wie wir diskutieren, widerspiegeln, ist ein Dienst am Sport. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Ministerpräsident, bevor Sie gehen – ich wollte Sie nicht unterbrechen oder konnte Sie nicht unterbrechen –: Herr Kollege Keith von der AfD würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist zu spät. Die Rede ist zu Ende.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Okay. Alles klar. Mein Fehler.

Gibt es den Wunsch nach weiteren Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Teilbereich c), Sport, im Einzelplan 02, den wir gerade debattieren.

Ich rufe den letzten Teilbereich dieses Einzelplans auf:

d) Medien

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Vogt von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Oma wäre heute 106 Jahre

alt. Sie machte sich nicht viel aus Schnickschnack. Aber zu besonderen Anlässen trug sie immer eine Perlenkette mit dicken runden Perlen. Sie trug sie immer voller Stolz. Diese Kette wurde natürlich nicht alle Tage aus der Schublade geholt.

Auch Medienminister Laschet hatte mit Stolz eine Perlenkette an Medienveranstaltungen angekündigt – eine Perlenkette, die das Medienforum NRW ersetzen sollte, einen der bedeutendsten Medienkongresse in Deutschland, der seit Amtsantritt der schwarz-gelben Landesregierung aber nicht mehr stattfindet. In diesem Jahr hätte das Medienforum NRW 30-jähriges Jubiläum gefeiert. Aber CDU und FDP haben einfach den Vorschlaghammer genommen und die renommierteste medienpolitische Veranstaltung unseres Landes zerschlagen.

(Michael Hübner [SPD]: So ist es!)

Stattdessen verteilt Medienminister Laschet nun freigiebig sechsstellige Beträge an verschiedene, aber längst bestehende Medienveranstaltungen in NRW, die teilweise mit Landespolitik überhaupt nichts zu tun haben.

Das Global Media Forum in Bonn gehört beispielsweise hierzu, eine zweifellos gute Veranstaltung, aber mit internationaler Ausrichtung, die bereits vom Auswärtigen Amt und vom Entwicklungshilfeministerium gefördert wird.

Aber mehr geht immer, denkt sich anscheinend der Ministerpräsident und überschüttet das internationale Veranstaltungsformat gönnerhaft mit zusätzlichen 600.000 Euro. Mit welchem Nutzen für Nordrhein-Westfalen? Nur damit Armin Laschet eine 15-minütige Rede halten durfte! 15 Minuten für so viel Geld: Das ist Bares für Rares, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Beim Global Media Forum im nächsten Jahr sollte uns die Landesregierung deutlich bessere Argumente liefern, warum das Geld des Medienhaushaltes hier gut investiert sei – bessere Argumente als ein paar Minuten Scheinwerferlicht für den Ministerpräsidenten.

Was ist nun aus der angekündigten neuen Veranstaltungsreihe oder dem neuen Konzept für das ehemalige Medienforum geworden? Lediglich – das muss ich zugestehen – eine kleine Perle konnten Sie mit dem Mediengipfel vorstellen. Das ist durchaus eine gute Veranstaltung, aber eine sehr exklusive für einen kleinen Kreis, die bei Weitem nicht das Format des Medienforums mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im wichtigsten Medienland der Republik hat.

Dabei sind große gesellschaftliche Debatten in diesem Land dringend notwendig. Die fortschreitende digitale Entwicklung mit täglich neuen Herausforderungen und der wegbrechende Zeitungsmarkt sind

nur einige Themen, die dringend bearbeitet werden müssen.

Wir als SPD-Fraktion wollen die Medienpolitik in NRW tatsächlich gestalten und verbessern. Wir machen uns für die Medienvielfalt in unserem Land stark. Diese fängt vor Ort an. Die 44 lokalen Radiosender in Nordrhein-Westfalen von Antenne Münster über Radio Herne bis Welle Niederrhein leisten einen enorm wichtigen Beitrag dazu, dass wir Medienvielfalt in diesem Land haben. Damit wissen wir, was bei uns vor Ort passiert und dass die Politik vor Ort ausreichend kontrolliert wird. Wir wollen die Meinungsbildung eben nicht Google, YouTube oder Facebook überlassen.

Wie kann eine Landesregierung das aufs Spiel setzen und einfach die Hände in den Schoß legen? Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, schauen einfach weg, wenn Verlagshäuser die Redaktionen der Sender infrage stellen. Gleichzeitig sitzt doch mit Herrn Holthoff-Pförtner einer der größten Verleger dieses Landes mit Ihnen am Kabinettschisch.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Seit 2017 kündigen Sie, Herr Laschet, und auch Herr Liminski, eine „Radiostrategie 2022“ an. Jetzt haben wir bald 2020, und Sie haben immer noch nicht mehr als leere Worte geliefert. Soll „Radiostrategie 2022“ vielleicht heißen, dass sie erst 2022 – nach dem Regierungswechsel, nach der Landtagswahl – kommen soll?

Wir jedenfalls haben mit unserem Änderungsantrag für den Einstieg der lokalen Radiosender in DAB+ geworben. Wir haben ein Bekenntnis abgelegt. Wir wollen mit dieser Förderung, die wir beantragt haben, nicht nur bestehende lokale Radiosender, sondern auch neue Projekte in NRW und aus NRW heraus entstehende Projekte im Digitalradio fördern.

Meine Oma hätte gesagt: Nicht nur reden, sondern machen. – Das ist auch die Aufforderung an Sie: Tun Sie etwas mit dem Geld, das Sie zur Verfügung haben. Machen Sie nicht nur das Bestehende besser, sondern entwickeln Sie auch neue Ideen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Stullich.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf für den Medienhaushalt umfasst den vergleichsweise kleinen Ansatz von 33 Millionen Euro. Aber das ist eine Summe, die im Medien-Digital-Land NRW größtmögliche Wirkung entfaltet, eine Summe,

die genau dieses Profil als Medien-Digital-Land weiter schärft, nunmehr schon im dritten Jahr.

Dieser Erfolg hat viele Aspekte. Die Games-Branche wird weiter intensiv gefördert, zum Beispiel durch den Aufbau des Games-Kompetenzzentrums als gemeinsamer Entwicklungsplattform für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Politik. Die Rahmenbedingungen für die Film- und Fernsehbranche werden weiter verbessert.

Die Film- und Medienstiftung als zentrale Förderagentur hat ihre Förderbereiche um Games-, Web- und crossmediale Inhalte erweitert. Deshalb ist es gut, dass die Film- und Medienstiftung zu einer der am besten aufgestellten Förderungseinrichtungen in Deutschland zählt.

Sehr positiv bewerten wir auch die Stärkung der internationalen filmschule köln; denn dort können jetzt drei zusätzliche Professuren eingerichtet werden, und zwar für die neuen Masterstudiengänge „Films“, „Entertainment“ und „3D Animation“.

Ein weiteres wichtiges Projekt – Herr Vogt, da muss ich Ihnen deutlich widersprechen – ist die Neuausrichtung der Medienveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Moderne Formate verbessern Debattenkultur, Vernetzung und Innovationen. Sie bringen Medienschaffende und Wirtschaft zusammen,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

und zwar genau mit den Formaten, die für die unterschiedlichen Zielgruppen wichtig sind. Die Formate sprechen ganzjährig passgenau diese Zielgruppen an.

Diese Strategie der Landesregierung unterstützen wir ausdrücklich. Auch die Branche nimmt das sehr positiv wahr. Es gilt, wie der Ministerpräsident letzte Woche beim Mediengipfel selbst gesagt hat: Medienforum ist jetzt das ganze Jahr, und das ist auch gut so.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns außerdem darüber, dass Bund, Länder und Filmwirtschaft die Digitalisierung des nationalen Filmerbes ans Laufen gebracht haben. Nordrhein-Westfalen leistet dazu einen erheblichen Beitrag von 700.000 Euro.

Weil Filme zur Kultur gehören – zu Medien natürlich auch –, werden CDU und FDP noch einen Änderungsantrag zum Haushalt einbringen. Es geht um den Beitrag unseres Landes zum bundesweiten Zukunftsprogramm Kino. Wir wollen Kinos darin unterstützen, zu modernisieren und zu digitalisieren, in Marketing und Infrastruktur zu investieren, gerade auch im Hinblick auf die wachsende Konkurrenz durch Streamingdienste. Denn Kinos sind nicht nur Orte, an denen man gemeinsam richtig gute Filme schaut – viele davon kommen ja aus Nordrhein-

Westfalen –, sondern auch Kulturoorte und Orte der Begegnung.

Das Bundesprogramm soll bereits im Januar 2020 starten. Wir wollen, dass sich Nordrhein-Westfalen daran mit 1 Million Euro beteiligt. Zielrichtung sind Kinos im ländlichen Raum und Filmkunstkinos in den Städten. Auch das ist ein guter Impuls für unser Land.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einige Worte zur Finanzierung der Landesmedienanstalt. Seit 2016 hat die LfM weniger Geld aus Beitragsmitteln erhalten. Dabei hat sie aber immer mehr Aufgaben bekommen, unter anderem im Bereich der Förderung von Medienkompetenz. Und die LfM treibt wichtige Zukunftsthemen voran – maßgeblich hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch bundesweit und in Europa.

Es ist daher richtig und notwendig, dass die Landesregierung den Finanzierungsanteil der LfM über den Rundfunkbeitrag wieder um 1,5 Millionen Euro erhöhen will. Durch die Veränderung im sogenannten Vorwegabzug, die der Haushalt vorsieht, bekommt die LfM jetzt wieder die Finanzmittel, die sie für ihre vielfältigen Aufgaben benötigt. Das ist auch in mehreren Sitzungen der Medienkommission, zuletzt am letzten Freitag, ausdrücklich von verschiedenen Seiten sehr begrüßt worden.

Mit diesen Mitteln soll die Landesmedienanstalt unter anderem innovative digitaljournalistische Projekte fördern, und zwar ganz konkret die technologische Entwicklung von innovativen lokalen Medienprodukten. Das ist sinnvoll; denn mancher Lokalsender tut sich noch schwer mit einer Digitalstrategie, die auch finanziell auskömmlich ist.

Solche Fördermaßnahmen, die Innovationen voranbringen, sind für unsere „Radiostrategie 2022“ wichtig; denn wir wollen, dass die Lokalradios nicht nur redaktionell, sondern auch wirtschaftlich unabhängig bleiben.

Meine Damen und Herren, mit dem Medienhaushalt 2020 entwickeln wir unsere Strategien und Konzepte weiter, die wir vor zweieinhalb Jahren vor allem für die Film- und Fernsehbranche und für die Games-Branche gestartet haben.

Wir gestalten Modernisierung, wir schaffen Raum für Innovation und Vernetzung, wir investieren in Kinos und in das digitale Filmerbe. Schritt für Schritt wird der Medienstandort Nordrhein-Westfalen zum Mediendigitalland Nummer eins. Deshalb bitten wir sehr um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Stullich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Oliver Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, die Medienpolitik ist ja auch Ihre Baustelle. – Da haben Sie heute ja einen richtigen Großkampftag mit so vielen kleinen Baustellen. Aber es sind wichtige Baustellen.

Mir wurde gerade von meiner Fraktion gesagt: „Fang nicht wieder damit an, zu sagen, dass wir, Rot-Grün, schlecht waren und die anderen gut!“, wie ich es in meiner offenen Art als Oppositioneller manchmal tue. In diesem Fall sage ich mal: Hier ist es interessant, dass Sie auf dem aufbauen, was Rot und Grün in all den Jahren so wunderbar und vernünftig medienpolitisch aufgebaut haben. Und das finde ich auch gut.

Insofern kann man klar sagen: Wir haben eine Medienpolitik, die sich fortsetzt.

An bestimmten Stellen ist das nicht der Fall; das Beispiel des Medienforums ist vom Kollegen Vogt vorhin schon angesprochen worden. Da will ich mal wieder auf meine Kosten einen Witz wagen: Am Ende war das oft ein Forum, bei dem die meisten sich dort trafen, wo es Eis umsonst gab. Es war in so einer Kiste, und da sind Herr Nückel und ich immer mit den Köpfen aneinander gestoßen, wenn wir hineingegriffen haben. – Dieses Forum war am Ende nicht mehr das, was wir alle uns vorgestellt haben. Und deshalb ist es gut, wenn nach neuen Formen gesucht wird. Jede Landesregierung hätte die Aufgabe gehabt, dies zu tun, und Sie bemühen sich auch darum.

Ob deswegen in NRW das ganze Jahr über Medienforum ist, Frau Stullich, wage ich zu bezweifeln. Ganz so sehe ich es nicht.

(Thomas Nückel [FDP]: Es gibt auch nicht das ganze Jahr eine Eisbox!)

Wenn Treffen stattfinden, sind sie aber immer wichtig.

Ich darf offen sagen: Ich fand den ersten Mediengipfel ausgesprochen interessant, Herr Ministerpräsident. Er war aufschlussreich, und man konnte mit interessanten Gästen zu Diskussionen kommen, die wir zu diesen Themen sonst nicht so häufig führen können. Das gilt insbesondere für die Schnittstelle von Medienpolitik und Digitalisierung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: Einer muss ja klatschen!)

Ich will darauf hinweisen, dass es im Wesentlichen bei der Medienpolitik des Landes um eine insgesamt relativ geräuschlose und durchaus nicht ineffiziente Politik geht. Es ist eine Politik, die insbesondere mit

Blick auf die Bundesratsinitiative zum gemeinnützigen Journalismus auch von uns Grünen klar unterstützt wird.

Wir sprechen uns, wie wir es schon immer getan haben, für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus.

Deshalb bin ich gespannt auf die weitere Debatte und darauf, wie seitens der Koalitionsfraktionen über die Auswertung des Gutachtens zu den Werbezeiten und die damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben gesprochen wird und wie mit Blick auf den WDR die entsprechenden Änderungen vorangebracht werden. Denn zumindest bei uns wird über eine etwas andere Strategie diskutiert, als wir sie zuvor verfolgt haben. Das Gutachten hat uns natürlich auch Fakten beschert, auf die man meiner Meinung nach politisch reagieren muss.

Ein gewisses Problem hat der Ministerpräsident natürlich; denn er hat mit Herrn Nückel von der FDP einen Mann in den Koalitionsfraktionen, der sich bezüglich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemeinsam mit einem Kollegen aus Schleswig-Holstein ausgesprochen anders äußert, als es ansonsten in vielen Teilen der FDP und in allen anderen mir bekannten Parteien mit Ausnahme der AfD der Fall ist.

Die AfD spielt an der Stelle eine ganz andere Rolle – sicherlich keine wichtige und bedeutende, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betrifft –, weil sie ja der Meinung ist, dass er eigentlich abgeschafft werden müsste. Der Meinung sind andere Gott sei Dank nicht, und ich hoffe, dass das in der breiten Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland so bleibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich denke nicht, dass das auch Ihre Absicht ist, Herr Nückel. Deshalb hoffe ich, dass Sie noch einmal differenziert dazu Stellung nehmen und diesen Streit mit Ihren Kollegen aus den Koalitionsfraktionen ausarbeiten.

Ich bin froh, dass die Filmförderung weiterläuft. Das ist ein ganz wichtiges Instrument. Die Film- und Medienstiftung NRW GmbH ist das Instrument, um die Film- und Medienarbeit hier im Land zu fördern. Wir haben damit auch die Kinoförderung weiter vorangetrieben, und ich bin froh, dass trotz der Umstellung der Finanzierung auch so wichtige Einrichtungen wie das Grimme-Institut, unsere Filmfestivals usw. weiterhin Förderung erfahren. Das soll auch so bleiben.

Diese kulturelle und mediale Vielfalt in Nordrhein-Westfalen, für die andere Regierungen auch schon Zeichen gesetzt haben, wird von Ihnen, wie ich finde, richtigerweise unterstützt – bis hin zu Entwicklungen, wie wir sie mit dem Cologne Game Lab an der TH Köln eingeleitet haben; ein erfolgreiches Unternehmen, das Sie weiterhin so unterstützen, wie es zuvor schon der Fall war.

Etwas unklar ist mir noch die Haltung der Koalitionsfraktionen zum Thema „DAB+“. Dazu haben wir eine sehr klare Haltung. Man kann nicht einen einzigen Teil aus der Digitalisierung herausnehmen, nämlich die terrestrische Verbreitung von Hörfunk. Auch sie muss irgendwann digitalisiert werden; das halte ich für selbstverständlich. Alles andere kann man auch niemandem glaubhaft verkaufen.

Dass nur das Internet als sogenanntes Holmedium ausreicht, um Radioempfang zu gewährleisten, bestreite ich. Ich finde es wichtig, dass es nach wie vor ein Sendemedium gibt. Das gilt sowohl für terrestrisch ausgebreitetes Fernsehen als auch für terrestrisch ausgebreiteten Rundfunk. In Zukunft wird das natürlich digital sein.

Ich denke, ich habe das Wichtigste gesagt, und die Redezeit ist auch schon vorüber. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf weitere Debatten im zuständigen Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, lieber Kollege Keymis: Es geht nicht um die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Bei unseren Gedanken geht es um einen Reformprozess, den wir anstoßen wollen.

Es geht um Gedankenmodelle, die übrigens aktuell in allen westeuropäischen Demokratien in der Diskussion sind. Ob das BBC-Modell das optimale ist? – Wir müssen diese Diskussion beginnen, weil sonst die Akzeptanz für öffentlich-rechtliche Angebote gerade aufgrund der vielen Konkurrenzsituationen verschwinden könnte.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich danke Ihnen, Kollege Keymis, für die sehr realistische Einschätzung der NRW-Medienpolitik und dafür, dass Sie sich nicht sozusagen an vergangenen Torheiten medienpolitischer Art festkrallen, wie es der Kollege Vogt vorhin in humoristischer Art und Weise getan hat.

Wie kann man nur auf das Medienforum in seiner Endphase stolz sein? Es war nur noch ein Schatten seiner selbst, und wir haben Sie damals aufgefordert, da etwas zu unternehmen: Reformieren Sie es, machen Sie es fit! – Aber Sie haben damals nichts getan, sondern zitternd und bleich daneben gestanden und dem Verfall zugeschaut, sodass es in anderen Bundesländern teilweise nur noch belächelt wurde.

(Alexander Vogt [SPD]: Und was haben Sie bisher auf die Kette gekriegt?)

Mit diesem Prozess haben wir Schluss gemacht. Der Name „Medienforum“ war durch Ihr Versagen – auch Ihr persönliches Versagen – verbrannt.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Deswegen haben wir neue Formen geschaffen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Herr Nückel, also wirklich!)

Ihre Oma hat, glaube ich, mehr auf die Kette gebracht als Sie mit Ihrem heutigen medienpolitischen Beitrag.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da Sie vorhin ein bisschen im vorvorletzten Jahrhundert schwelgten, wollten Sie vielleicht unabsichtlich an ein Jubiläum erinnern: Vor 175 Jahren wurde im November die Erstausgabe der humoristischen Schrift „Fliegende Blätter“ herausgegeben, um solche Torheiten aufs Korn zu nehmen. Das ist Ihnen gerade gut gelungen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Allerdings jährt sich in diesem Monat auch zum hundertsten Mal die Erstausstrahlung eines planmäßigen Hörfunksenders der Welt. Man mag es kaum glauben, aber die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war eine goldene Ära für den Rundfunk.

PCGG, benannt nach dem Rufzeichen, war der erste Hörfunksender in Westeuropa, in England und in den Niederlanden, und es gelang mit Spenden seiner Hörer, immerhin vier Radiosendungen pro Woche auszustrahlen. Innovation ohne Staatsknete – das gelang vier Jahre.

Natürlich haben die Nationalstaaten das nicht lange zugelassen. In Deutschland wurde besonders nach dem Staat gerufen, und es wurden rechte Programme ausgestrahlt. So schreibt es der Harenberg Verlag interessanterweise in seinem Chronikkalender.

Heute fordern Sie auch wieder Staatsknete, ohne nachzudenken, natürlich nur für die Ausstrahlung ... schon klar. Ist die Staatsferne erst einmal leicht eingerissen, kann man weitersehen.

Die SPD bleibt sich damit aber auch einer gewissen Tradition in NRW treu; denn zwischen 2010 und 2017 hatten Sie auch schon versucht, mit Stiftungsplänen das Gängelband der Kontrolle auszurollen. Dabei sollten zunächst auch noch Inhalte gefördert werden, natürlich nur bestimmte. Aber als dann Medienpraktiker und -rechtler die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen haben, gab es nur noch die Stiftung light, die dann gottlob wegen überbordender Bürokratie von uns in die Landesmedienanstalt integriert wurde.

Mit dem Haushalt, den wir im Dezember verabschieden werden, werden wir auch das Gängelband des Misstrauens beenden, das Sie der Landesmedienanstalt damals angelegt haben. Mit der Senkung des Vorabzugs haben wir nun die Möglichkeit, der LfM wieder mehr Handlungsfreiheit zu geben. Ich denke, sie wird sie für sinnvolle Projekte der Medienkompetenz nutzen.

Aber Sie üben sich heute auch in der Rolle rückwärts, zum Beispiel was die fundamentalistische Ablehnung von DAB 2 zu Ihrer Regierungszeit betrifft. Sie hätten bereits unter Ihrem Medienchefplaner Marc Jan Eumann die Weichen für die Digitalisierung stellen können, haben damals aber die Ablehnung folgsam mitgetragen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jetzt wird daraus eine fundamentalistische Pro-DAB+-Position. Da wollen Sie jetzt 3 Millionen Euro pro Jahr hineinwerfen, obwohl die Betroffenen das gar nicht wollen. Obwohl: Einige wollen es vielleicht doch, zum Beispiel die SPD-Medienholding, die ddvg, die bislang die klamme Parteikasse stützen musste. Jetzt kann sie es nicht mehr, und ihr muss vielleicht geholfen werden. Das könnte auch der Grund für Ihren Antrag sein. Die ddvg hat sich jetzt mit einem Medienprojekt im Sand Chinas festgefahren. Der Holding werden Entkräftung und Niedergang à la SPD zugeschrieben.

(Michael Hübner [SPD]: Belangloses Zeug!)

Ich denke, wir müssen die Frage DAB+ völlig unideologisch und rein technologisch beantworten. Fundamentalistische Positionen haben hier keinen Platz. Man muss sich fragen: Wofür würden wir dann Steuergelder ausgeben? Hinterher wird man fragen: Hätte man nicht ahnen können, dass es das nicht mehr lange geben wird? – DAB+ ist keine schlechte Idee, aber das war das Videoformat Betamax auch nicht. Spätestens mit den Streaming-Diensten war das Thema dann aber auch beendet. Durch die Nutzung im Netz kann das im Falle von DAB+ natürlich auch schnell passieren.

Teure Schaufensteranträge, die nur Geld kosten, lösen kein Problem. Erfahrene Propheten warten die Ereignisse vielleicht besser ab. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist keine Neuheit: Unsere Medienwelt befindet sich seit Jah-

ren im Umbruch. Zeitungen sterben, Fernsehzuschauer werden immer älter, und neue Medien setzen ihren Siegeszug ungebremst fort.

Neue Medien sind diejenigen, die keinem Rundfunkrat, keinem CDU-Minister und auch keiner partei-eigenen Verlagsholding gehorchen. Neue Medien sind die Wegbereiter einer ungekannten, echten Meinungsfreiheit und Vielfalt. Davor haben Sie offenbar Angst, große Angst.

(Michael Hübner [SPD]: Von Pluralismus keine Ahnung, aber einfach mal irgendwas reinrufen! – Alexander Vogt [SPD]: Wer sitzt denn von Ihnen im Rundfunkrat? Sitzt jemand von Ihnen im Rundfunkrat?)

Das Problem ist nur: Immer, wenn Sie Angst haben, meine Damen und Herren, wird es für den Steuerzahler teuer und für den Rundfunkbeitragszahler so wieso.

Auf Bundesebene ist Arbeitsminister Heil, SPD, gerade dabei, 40 Millionen Euro Steuergeld an die Zeitungsverleger zu verschenken. Damit beschenkt er zu einem nicht unwesentlichen Teil seine eigene Partei, die eine große Medienholding besitzt. Die CDU in Bund und Land begrüßt diese inzestuöse Medienpolitik und trägt sie mit, genau wie die verbraucherfeindliche Beibehaltung von Zweijahresabos bei Zeitungen. Um die notleidenden Hofberichterstatter am Leben zu erhalten, ist nichts zu teuer.

Der Landeshaushalt bietet da glücklicherweise weniger Spielräume, aber trotzdem schimmert die Sorge um den Verlust der Meinungsfreiheit hier und da durch.

Die Landesanstalt für Medien beispielsweise hatte früher einmal eine Existenzberechtigung, als es um die Zulassung von Rundfunksendern und um die Vergabe von Frequenzen ging. Heute spielt das alles keine große Rolle mehr. Also sucht man sich neue Betätigungsfelder. Ironischerweise unter der Unterschrift „der Meinungsvielfalt verpflichtet“ ist man jetzt hauptsächlich mit der Jagd nach unerwünschten Meinungen beschäftigt, die man relativ pauschal als Hate Speech kategorisiert. Mit vielen Hunderttausend Euro finanziert man allerlei Projekte, die in diese Richtung gehen.

Das ist der Landesregierung offenbar nicht entgangen und wird prompt belohnt. Zukünftig bekommt man eine dicke Scheibe mehr von den Rundfunkgebühren.

Jetzt könnte man sich darüber freuen, weil man denkt, der WDR bekomme dafür weniger, aber das ist natürlich weit gefehlt. Tom Buhrow muss nicht um seine 400.000 Euro Jahresgehalt bangen, denn hier springt der Gebührenzahler in seiner Funktion als Steuerzahler ein und schließt die Lücke größtenteils aus dem Landeshaushalt. Außerdem ist die nächste

Gebührenerhöhung beim Rundfunk natürlich längst in Planung.

So bleibt unter Schwarz-Gelb alles, wie es immer schon war. Die staatliche Medienmaschine bleibt gut geölt, auch wenn Herr Kollege Nückel öffentlich von der Verkleinerung des Öffentlich-Rechtlichen träumen darf. Im Landtag wird er dann wieder brav die nächste Gebührenrunde mittragen, aber so war das ja schon immer mit der FDP.

An dieser Stelle noch ein Wort zur Filmförderung. Von Albert Einstein ist folgendes Zitat überliefert:

„Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.“

Ich weiß nicht, ob er dabei an den deutschen Film dachte, aber es ist gut möglich. Seit Jahrzehnten kommt kaum mehr ein Film aus unserem Land, der in irgendeiner Weise bemerkenswert wäre, außer er ist bemerkenswert schlecht. Im besten Fall entsteht Mittelmaß: gefällige Beziehungskomödien und ab und zu etwas über den Krieg. Das geht immer. Die Branche hat sich darauf eingerichtet, dass nicht das Besondere erwartet wird, sondern der Durchschnitt, der keinem wehtut. Das genehmigt der Förderbürokrat gerne, vorzugsweise bei einem halben Dutzend Förderanstalten, und schon ist die eigene Existenz wieder für ein Weilchen gesichert.

Man kann es den Leuten beim Film, die so etwas produzieren, nicht verdenken, denn sie sind Opfer dieses Systems, das ein paar Landespolitiker erdacht haben, die ab und zu bei Filmpremieren gerne ihre Gesichter in die Kameras halten. Das alles muss den Filmfan stören, noch mehr aber den Steuerzahler. Auch deshalb können wir diesem Einzelplan nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung spricht erneut der Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsansätze im Einzelplan 02 für den Medienbereich steigen mit dem Haushaltsentwurf auf insgesamt 33,9 Millionen Euro. Das ist nach den deutlichen Steigerungen der Vorjahre ein erneutes Plus, und zwar in Höhe von 10,42 %.

Wir wollen das Profil des Medien-Digital-Landes Nordrhein-Westfalen weiterhin stärken.

In der Tat, Herr Kollege Keymis, erfindet das nicht jede Landesregierung neu. Man baut auf dem auf, was vorher war. Dass wir heute ein so starkes Me-

dien- und Digitalland sind, liegt vor allem an den profilierten und engagierten Anstrengungen, die Wolfgang Clement zu Beginn der 2000er-Jahre mit Miriam Meckel als Staatssekretärin, die wichtige Institutionen nach Nordrhein-Westfalen holte, unternehmen hat. Ich glaube, davon hängen auch heute noch viele Arbeitsplätze im Medienland ab.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Wir brauchen einen zukunftsfähigen Rechtsrahmen, sei es im Landesmediengesetz, in den Rundfunkstaatsverträgen oder mit Blick auf EU-relevante Gesetzgebung wie das EU-Leistungsschutzrecht. Wir brauchen eine starke Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen, die nicht nur unsere Film- und TV-Branche gezielt fördert, sondern auch die aufstrebende Gamesbranche. Wir brauchen ein starkes Mediennetzwerk und nicht zuletzt eine Landesanstalt für Medien mit zwei Standbeinen: einem starken Profil in der Medienaufsicht und in der Förderung von Medienkompetenz.

Deshalb wollen wir weiterhin die großen Potenziale für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Innovation nutzen. Soweit wir das in einer global veränderten Medienlandschaft können, wollen wir alles dafür tun, dass wir auch in Zukunft Medienvielfalt und Meinungsfreiheit haben. Ein guter Journalismus ist unverzichtbar für unser demokratisches Gemeinwesen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Kommunikation und Meinungsbildung in sozialen Medien sind jedermanns Sache. Das ist als Basis demokratischer Teilhabe gut, aber es ersetzt keinen qualifizierten Journalismus. Deshalb versuchen wir auch im Jahr 2020 da die Schwerpunkte zu setzen.

Bezüglich der Film- und Medienstiftung stimme ich Ihnen überhaupt nicht zu, Herr Kollege Tritschler, dass seit Jahren kein guter Film mehr produziert worden sei. Wir haben exzellente Filme aus Nordrhein-Westfalen, die die Film- und Medienstiftung gefördert hat und die von vielen, vielen Menschen in ihrer Qualität anerkannt wurden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Weil wir da den Schwerpunkt setzen – man muss im Medienhaushalt Schwerpunkte setzen –, haben wir die Förderung der Film- und Medienstiftung seit 2017 um 69 % erhöht. So wollen wir die guten Filmemacher aus Deutschland an Nordrhein-Westfalen binden. Wir haben mit dem Aufbau eines Games-Kompetenzzentrums einen Ort geschaffen, der gamesbezogene Dienstleistungen bündelt.

Man kann über dieses Medienforum – dem Sie so sehr anhängen, Herr Kollege Vogt – streiten wie man will. Wir haben aber mehrere Ereignisse wie den gamescom congress und das Global Media Forum,

das sich über globale Fragen hinaus intensiver mit Medienpolitik in Deutschland beschäftigen muss, das europäische Perspektiven ...

(Zuruf)

– Ja, das heißt aber nicht, dass man ein Forum beibehalten muss, nur weil das nächste Jahr seinen 30. Geburtstag gefeiert hätte.

Ich war bei den allerersten Foren mit dabei. Ich war mit 27 oder 28 stellvertretendes Mitglied der LfR-Rundfunkkommission. Das war einmal das Forum in Deutschland, bei dem diskutiert wurde. Kein Sachverständiger hat zum Ende dieses Forums gesagt: So wie es ist, soll es bleiben. – Man braucht neue Wege, und die wollen wir gehen. Anregungen greifen wir gerne auf.

Im Rahmen der Ruhr-Konferenz haben wir ebenfalls noch mal fünf regionale Medienprojekte mit auf den Weg gebracht. Das Projekt RuhrReporter will jungen Menschen, die Journalistinnen und Journalisten werden, ein neues crossmediales Einstiegsangebot machen. Wir haben eine Jugendredaktion Ruhr, und wir haben ein Mentorenprogramm für mehr Diversität im Lokaljournalismus, wo sich junge Kolleginnen und Kollegen mit Zuwanderungsgeschichte im Bereich der lokalen Berichterstattung wiederfinden können. All das ist über die Ruhr-Konferenz angeregt worden. Insofern bitte ich um Zustimmung zum Medienhaushalt 2020.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Da keine weiteren Wortmeldungen angemeldet wurden und vorliegen, kann ich zum Teilbereich d) Medien die Aussprache an dieser Stelle schließen. Wir sind damit auch am Ende der Aussprache zum Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8002, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Deshalb würde ich gerne die Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung durchführen. Wer also dem Einzelplan 02 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen im Haus? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung angenommen.**

Bevor ich den Einzelplan 07 aufrufe, müssen wir noch einmal zum Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zurückkommen. Sie erinnern sich, dass wir in der Mittagszeit die Abstimmung dazu

verabredungsgemäß ausgesetzt haben. Diese können wir jetzt aber durchführen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8005, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Auch hier stimmen wir über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer also diesem Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Vorsichtshalber frage ich auch hier nach Enthaltungen. – Die gibt es nicht. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung ebenfalls angenommen.**

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8007

Wir debattieren in zwei Teilbereichen. Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Familie, Kinder und Jugend

Ich eröffne die Aussprache. Herr Dr. Maelzer hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Dr. Stamp, das ist mittlerweile der vierte Haushalt, den Sie als Minister verantworten. Vier Haushalte, da müsste man eine eigene Handschrift erkennen können. Daher bin ich gespannt, ob die Redner der regierungstragenden Fraktionen gleich wieder in erster Linie Rückschau betreiben werden.

Mit diesem Haushalt stellen Sie die Weichen für ein Kinderbildungsgesetz, das Ihren Vorstellungen entspricht.

(Unruhe – Glocke)

Leider entspricht es nicht den Vorstellungen der Betroffenen. Wir werden morgen ja ausreichend Gelegenheit haben, uns über das KiBiz auseinanderzusetzen.

Die häufigste Kritik ist jedoch, dass damit zu viel Status quo verbunden ist. Das zeigt sich auch mit diesem Haushalt. Dem Ministerium war es nicht möglich, zu erklären, woraus sich die Finanzentwicklung im KiBiz-Deckungskreis ergibt. Sind es zusätzliche